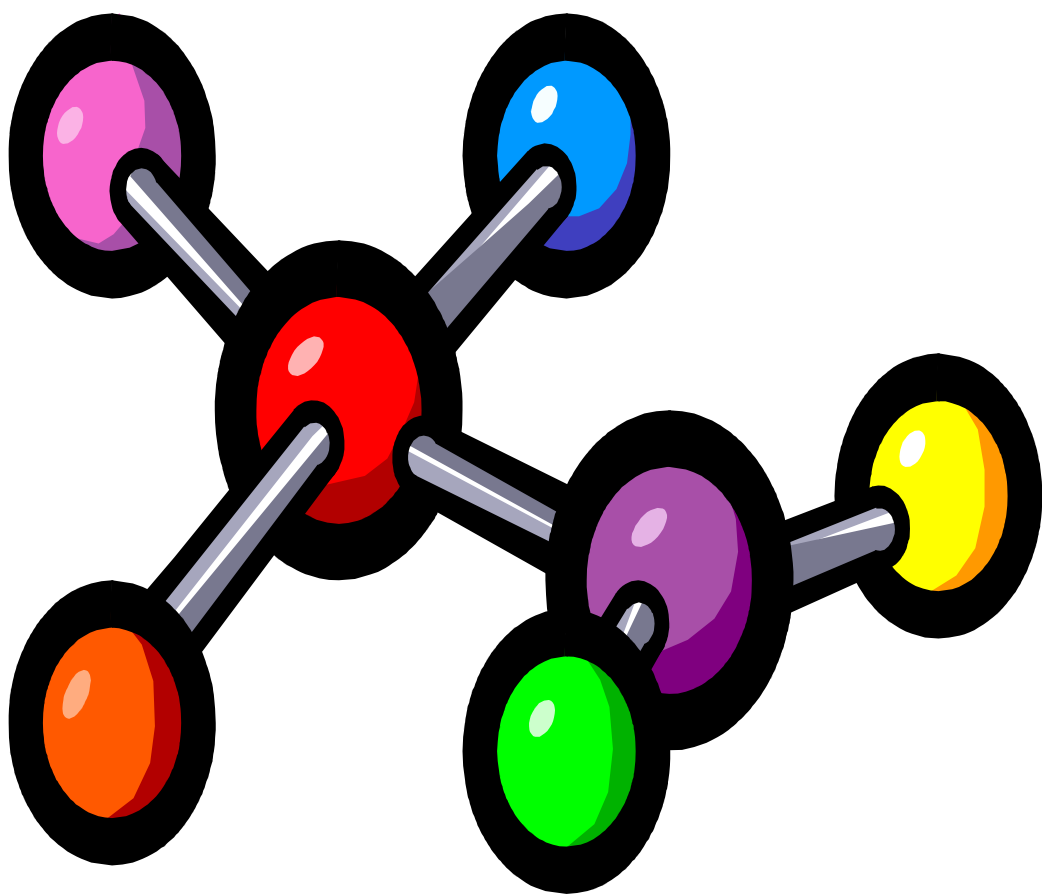


Beteiligungsbericht 2013

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: **Rheinisch-Bergischer Kreis**
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: **Dezernat I**
Amt 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: **02202/13 2417**

02202/13 2418

Fax: **02202/13 2121**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	15
- Das Bergische gGmbH	21
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	26
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	33
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	38
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	48
- Naturarena Bergisches Land GmbH	54
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	59
- Radio Berg GmbH & Co. KG	64
- Regionalverkehr Köln GmbH	69
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	78
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	85
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	90
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	96
- RWE AG	101
- RW Holding AG	108
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	113
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	118
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	124
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	127
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	131
- Landrat-Lucas-Stiftung	137
Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen	140

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis legt nunmehr den neunzehnten Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts vor.

Soweit möglich, berücksichtigt der Beteiligungsbericht aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2013.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2013 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick

Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden**

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	106.184	1.277
Stadt Burscheid	27,38	18.212	665
Gemeinde Kürten	67,49	19.436	287
Stadt Leichlingen	37,33	27.626	740
Gemeinde Odenthal	39,97	15.660	391
Stadt Overath	68,83	26.774	388
Stadt Rösrath	38,82	27.576	710
Stadt Wermelskirchen	74,66	34.803	466
(Stand: 31.12.2013)	437,60	276.271	631

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
<u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
<u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m ³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m ³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die

Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-gesellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmergeivermögen) 70.860 Stück Stammaktien			Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bavweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis
Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke,
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzte sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Herr Norbert Heß, Engelskirchen

Jürgen Dreiner-Wirz, Lindlar

Jürgen Marquardt, Gummersbach

Reinhold Müller, Engelskirchen

Gerd Werner, Lindlar

Helmut Schäfer, Engelskirchen

Doris Schuchardt-Kaganietz, Engelskirchen

Stellvertretender Vorsitzender

Günter Stricker, Morsbach
Dr. Christian Dickschen, Gummersbach

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Horst Adler, Bergisch Gladbach
Rainer Bleek, Wermelskirchen
Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach
Helga Loepp, Wermelskirchen Vorsitzende
Udo Klemt, Bergisch Gladbach
Dr. Peter Ludemann, Bergisch Gladbach
Harald Wolfert, Burscheid
Klaus-Dieter Ziepke, Leichlingen
Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.623 T€ aus, der somit um 2.463 T€ über dem Planansatz lag.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2013 um 1,49 % auf 31.440 T€ erhöht.

Diese Erhöhung erklärt sich, da die Mengen insgesamt leicht um 1,63 % zurückgegangen sind, ausschließlich durch die in der Verbandsversammlung am 23.11.2012 beschlossene Gebührenerhöhung (Haus- und Sperrmüll + 3,96 %, Bioabfall + 5,79 %).

Im Rahmen der Kalkulation der Gebührenbedarfsberechnung 2013 konnten aus der Überdeckung der Vorjahre 3.174 T€ entnommen werden. Hierdurch wurde der errechnete Gebührenbedarf verringert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 6.599 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (3.532 T€) und Erträge aus der zur Verfügungstellung von Deponieraum für die Anhebung des Ascheaufbereitungsplatzes (705 T€) sowie die Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2012 (77 T€).

Desweiteren wurden Erträge in Höhe von 1.014 T€ für Zuschüsse aus dem Projekt :metabolon und 72 T€ für das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ ausgewiesen. Korrespondierende Aufwandspositionen in gleicher Höhe wurden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dargestellt.

Für 2013 ergab sich eine Überdeckung gemäß § 6 KAG in Höhe von 2.263 T€, die spätestens in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2017 gebührenmindernd verrechnet werden muss.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Geschäftsjahr 2013 um 819 T€. Ursache hierfür waren die Errichtung von Bauwerken und technischen Anlagen im Rahmen der Regionale 2010, der Ausbau des Werkstoffhofs in Leichlingen und die Erhöhung des Rostascheplatzes.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	244	347	369
II. Sachanlagen	23.987	23.064	21.542
III. Finanzanlagen	73.667	77.705	71.304
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.165	9.673	8.459
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	13.098	10.085	17.888
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	121.161	120.874	119.562

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	7.126	6.562	6.072
IV. Jahresüberschuss	2.623	1.710	2.162
B. Sonderposten für Investitions-Zuschüsse	8.699	7.938	7.275
C. Rückstellungen	91.596	93.593	92.196
D. Verbindlichkeiten	2.117	2.070	2.857
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	121.161	120.874	119.562

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	41.939	41.827	38.365
andere aktivierte Eigenleistungen	159	4	286
sonstige betriebliche Erträge	6.598	9.268	12.309
Materialaufwand	41.323	40.089	40.993
Personalaufwand	2.696	2.366	2.261
Abschreibungen	1.131	1.073	802
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.342	5.497	5.649
Erträge aus Beteiligungen	1.900	1.675	1.674
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.765	2.125	2.365
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	185	418	308
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.424	4.542	4.114
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.630	1.750	1.488
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	36	677
Sonstige Steuern	7	3	- 4
Jahresüberschuss	2.623	1.711	2.161

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	15,47	14,29	14,41
Umsatzrentabilität:	%	6,25	4,09	5,64
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	2.317	1.177	5.092
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.927	1.147	1.672

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2013	2012	2011
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	43	39,4	40

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 2.176.218,32 € an Löhne und Gehälter sowie 520.018,63 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2013 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe

von jeweils 963.287,73 € (die ausschließlich aus der gewerblichen Tätigkeit des BAV resultieren) an die Mitglieder vorgenommen.

8. Bewertung

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2013 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2014 wird unter Annahme gleicher Bedingungen wie im Geschäftsjahr 2013, mit einer im Ergebnis gleichen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
Blücherplatz 43
52068 Aachen

Telefon: 0241 / 5102-100
Telefax: 0241 / 505296

E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Internet: www.cvua-rheinland.de

2. Öffentlicher Zweck

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln. Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833
Stadt Köln	17.500	5,833
Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,833

4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2013 durch Herrn Dezernent Ferdinand Schönenborn vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Dr. Thomas Mönig, Leiter des Amtes für Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzte sich im Jahr 2013 wie folgt zusammen:

Herr Dr. Gerhard Löhr
Frau Dagmar Pauly-Mundegar

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2013 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 1.451 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen betrugen gemäß per Umlaufbeschluss vom 15.11.2012 festgesetzter Entgeltordnung 9.432 T€. Daneben wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 10 T€ erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.168 T€ den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 62 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe von 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandspositionen blieben die Mieten mit 505 T€ und die Betriebskosten mit 313 T€. Das CVUA Rheinland hatte weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 172 T€, der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€, für Reparaturen und Instandhaltungen 129 T€, für Versicherungen in Höhe von 18 T€ und für Periodika in Höhe von 12 T€.

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 232 T€.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 321 T€ in neue Laborgeräte und 896 T€ in den Kauf des Grundstücks in Hürth und in Planungskosten für den Neubau investiert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15	23	15
II. Sachanlagen	2.061	1.003	1.069
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	53	47	40
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.732	5.662	5.757
III. Wertpapiere	300	300	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.788	4.356	2.284
C. Rechnungsabgrenzungsposten	52	120	57
Bilanzsumme	13.001	11.511	9.222

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	300	300	300
II. Gewinnrücklage	1.864	607	179
III. Bilanzgewinn	1.451	1.258	385
B. Rückstellungen	8.981	8.505	8.155
C. Verbindlichkeiten	292	627	106
D. Rechnungsabgrenzungsposten	113	214	97
Bilanzsumme	13.001	11.511	9.222

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	9.442	9.428	9.405
sonstige betriebliche Erträge	90	143	195
Materialaufwand	1.459	1.431	1.414
Personalaufwand	5.168	5.021	5.133
Abschreibungen	232	263	304
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.427	1.401	1.531
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	205	20	238
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	175	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.451	1.300	1.456
Sonstige Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss	1.451	1.300	1.455
Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus Gründung	0	0	891
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.258	385	0
Einstellungen in Gewinnrücklagen	1.258	427	179
Bilanzgewinn	1.451	1.258	385

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	27,8	18,8	9,4
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.715	2.589	2.093
EBIT:	T€	1.246	1.455	1.218
Anlagenintensität:	%	16,0	8,9	11,8

6. Beschäftigte

Personal	2013	2012
Tariflich Beschäftigte	81	79
Beamte	13	13
Auszubildende	3	3

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 5.167.738,03 €. Davon entfielen 3.757.490,43 € auf Löhne und Gehälter sowie 1.410.247,60 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 436.321,72 €.

8. Bewertung

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

Für das Geschäftsjahr 2014 geht das CVUA Rheinland wieder von einem positiven Geschäftsverlauf aus. Der Wirtschaftsplan 2014 weist einen Gewinn in Höhe von 465 T€ aus. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 3.915 T€.

Das Bergische gGmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

<u>Ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Heutz, Ulrich	Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Schäfer Lenore	Musiala, Peter
Dr. Werdel, Erik	Wilhelm, Gabi

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2013 bei einer Gesamtleistung von 584,6 T€ und Betriebsaufwendungen von 505,1 T€ ein Betriebsergebnis von 79,5 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -5,6 T€ und des neutralen Ergebnisses von 3,5 T€ betrug der Jahresüberschuss 77,4 T€. Der erzielte Jahresüberschuss begründete sich in der Vereinnahmung von Fördermitteln für bereits im Vorjahr getätigte Ausgaben sowie aufgrund im Berichtsjahr durchgeführte Einsparungen aufgrund der unklaren Finanzierungssituation.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2013 betrug der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 57,9 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (-53,3 T€) und des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit (- 5,2 T€) ergab sich in 2013 eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes um – 0,6 T€.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft betrug 86,5 %. Das Anlagevermögen war zu 66,9 % durch Eigenkapital gedeckt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	149	153	111
II. Sachanlagen	171	170	13
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	31	54
II. stände	0	31	54
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1	2	280
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16	4	0
Bilanzsumme	337	360	458

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	190	190	405
III. Vortrag auf neue Rechnung	77	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	12	118	8
C. Verbindlichkeiten	33	27	20
Bilanzsumme	337	360	458

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	2	0	0
sonstige betriebliche Erträge	586	407	206
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	158	185	166
Abschreibungen	55	42	8
sonstige betriebliche Aufwendungen	293	395	53
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	77	- 215	- 20
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	77	- 215	- 20
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	215	20
Vortrag auf neue Rechnung	- 77	0	0
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	87	59,7	93,8
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	57,9	- 77,3	- 15,4
EBIT:	T€	83	- 215	- 19

6. Beschäftigte

Personal	2013	2012	2011
Angestellte	5	4	4

Im Geschäftsjahr 2013 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 5 Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 157.526,09 €. Davon entfielen 131.663,98 € auf Löhne und Gehälter sowie 25.862,11 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgte in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Zuschüsse an die Gesellschaft nach Abschluss des Projektes „Wege durch die Zeiten“ sind gesondert zu verhandeln.

8. Bewertung

Das Geschäftsjahr 2013 war weiterhin durch die Planung und Durchführung des Projekts „Bergisches Wanderland“ geprägt. Notwendige Koordination und Abstimmung der Wegeplanung mit allen 35 am Projekt beteiligten Kommunen konnten abgeschlossen werden. Beide Fernwanderwege und die restlichen Themenwege (Streifzüge) wurden eröffnet. Das Wanderprojekt weist nun eine Wegelänge von insgesamt 751 km (925 km inkl. Zuwege) auf.

Im ersten Halbjahr 2014 sollen die Maßnahmen des Wanderwegeausbaus und der Markteinführung der neuen Wege im Förderprojekt abgeschlossen werden. Die komplette Übergabe des Marketings für das „Bergische Wanderland“ nach Abschluss der Förderphase in 2014 an die Naturarena Bergisches Land GmbH wird die Aufgaben deutlich reduzieren. Danach wird die Hauptaufgabe in der Erhaltung und Qualitätssicherung der geschaffenen Infrastruktur liegen. Zur Finanzierung dieser Aufgabe soll ein Anwerben von Sponsoren und die Einrichtung eines teilehrenamtlichen Wegemanagements mit Hilfe von Wegepaten dienen.

Die großen Fortschritte in der Wanderinfrastruktur und die hohe Akzeptanz der Wege bei Gästen und Bevölkerung bieten auch neue Möglichkeiten von Kooperationen. Die Gesellschaft muss die hohe Qualität des Wegenetzes dazu unbedingt erhalten.

Finanzielle Spielräume der Gesellschaft werden durch das Auslaufen der Landesförderung kleiner. Allerdings verbleiben auch weniger Aufgaben bei der Gesellschaft (z.B. die Unterhaltung der Wanderwege).

Der generelle Ausblick für die nächsten zwei Jahre legt eine Auslagerung der verbliebenen Aufgaben der Gesellschaft nahe. Die Gesellschaft könnte dann ggf. für neue Projekte zum Einsatz kommen. Als Fördernehmer muss die Gesellschaft die Projektunterlagen für 15 Jahre aufbewahren, für Prüfungen seitens der landes- und europäischen Prüfbehörden bereit stehen und im 5-Jahres Rhythmus Zwischenberichte vorlegen.

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nahm von Mitte Juni 2011 für 2 Jahre Herr Eduard Wolf (Kreistagsabgeordneter des Rheinisch-Bergischen Kreises), wahr. Seit Mitte Juni 2013 liegt die Vertretung bei Herrn Reinhard Limbach (Stadt Bonn).

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2013 durch Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Peter Eichner.

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Arbeitnehmer nach § 4 Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D. Land Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmervertreter	1. stellvertretender Vorsitzender
Jochen Ott, Oberstudienrat a.D. Stadt Köln	2. stellvertretender Vorsitzender
Dr. Martina Hinricher, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretender Vorsitzender
Gunther Adler, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	

Nuretdin Aydin, Oberlader FKB
Arbeitnehmersvertreter

Bernhard Braun, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter

Winrich Granitzka, Unternehmensberater
Stadt Köln

Waltraud Mayer, Angestellte FKB
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär
Land Nordrhein-Westfalen

Gerold Reichle, Ministerialdirektor
Bundesrepublik Deutschland

Jürgen Roters, Oberbürgermeister
Stadt Köln

Petra von Wick, Ministerialrätin
Bundesrepublik Deutschland

Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter

Eduard Wolf, Angestellter
Rheinisch-Bergischer Kreis
(bis 14.06.2013)

Reinhard Limbach, selbständiger Immobilienkaufmann
Stadt Bonn
(ab 14.06.2013)

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer
(Vorsitzender der Geschäftsführung)

Athanasios Titonis, Bonn, Technischer Geschäftsführer

5. Wirtschaftliche Daten

Im Jahr 2013 ging am Flughafen Köln/Bonn das Passagieraufkommen mit rund 9,1 Mio. Passagieren um 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr zurück. Der Bundesdurchschnitt lag 2013 bei + 0,5 %.

Hinsichtlich des Passagieraufkommens konnte damit der Flughafen Köln/Bonn punktgenau die Prognose für das Jahr 2013 erreichen. Dabei war im Verlauf des Jahres eine deutliche Erholung des Passagierverkehrs zu verzeichnen. Im vierten Quartal konnte der Flughafen Köln/Bonn sogar wieder ein Passagierplus von 3 % erzielen. Die ersten drei Quartale waren stark von den Kürzungen beim Lufthansakonzern sowie bei Air Berlin gezeichnet. Als Wachstumsträger hat sich hingegen Ryanair erwiesen. Weitere Wachstumsträger im Geschäftsjahr 2013 waren Pegasus, Turkish Airlines, SunExpress und Norwegian.

Das Frachtvolumen war im Jahr 2013 am Flughafen Köln/Bonn rückläufig (- 1,6%) und lag bei rund 740.000 Tonnen. Die Frachtentwicklung verlief damit schwächer als erwartet. Das Minus geht auf deutliche Rückgänge bei FedEx und im General-Cargo-Geschäft zurück.

Die Zahl der Flugzeugbewegungen nahm um 3,9 % (Bundesdurchschnitt – 3,6%) ab, wobei sich das maximale Startgewicht nur um 3 % verringerte.

Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen hielt die Flughafengesellschaft einen Marktanteil von 79,8 % (Vorjahr 70,1 %).

Im Geschäftsjahr 2013 erhöhten sich die Umsatzerlöse um 2,3 % auf 271,1 Mio. €. Dabei entfielen 172,7 Mio. € auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 87,7 Mio. € auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 10,6 Mio. € auf übrige Erträge. Der Anstieg resultierte dabei im Wesentlichen aus den Erlösen aus dem Non-Aviation-Bereich.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 11,8 % auf 90,9 Mio. €. Dies war im Wesentlichen auf erhöhte Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen, aber auch andere Faktoren, wie höhere Ausgaben für Streumittel, führten zu diesem Anstieg.

Die Flughafengesellschaft investierte im Geschäftsjahr 2013 rd. 27,6 Mio. €. So wurden unter anderem rd. 7,9 Mio. € in das neue Gebäude der Germanwings investiert. Weitere 2,2 Mio. € flossen in die Enteisungsanlage, 1,3 Mio. € in die Erweiterung der Gepäckausgabe, 0,6 Mio. € in den Parkraum und 0,4 Mio. € in die Befeuerung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen am Bilanzstichtag 306,6 Mio. € und bei anderen Kreditgebern 22,5 Mio. €. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt. Ausreichend Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gegeben. Die Darlehen wurden um 28,4 Mio. € zurückgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.712	9.621	8.641
II. Sachanlagen	695.460	708.584	722.739
III. Finanzanlagen	744	860	897
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.803	3.240	3.571
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.630	22.029	23.697
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.877	1.397	431
C. Rechnungsabgrenzungsposten	807	598	557
Bilanzsumme	744.033	746.329	760.533

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	165.041	161.034	151.021
IV. Jahresüberschuss	1.050	4.008	10.013
B. Rückstellungen	50.901	43.895	48.193
C. Verbindlichkeiten	351.063	363.057	379.416
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.428	1.889	1.922
E. Passive latente Steuern	79.996	78.892	76.414
Bilanzsumme	744.033	746.329	760.533

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	271.139	264.984	271.536
andere aktivierte Eigenleistungen	1.965	1.881	1.284
sonstige betriebliche Erträge	8.705	4.275	9.146
Materialaufwand	90.912	81.313	84.324
Personalaufwand	114.791	106.700	100.160
Abschreibungen	36.515	34.870	33.269
sonstige betriebliche Aufwendungen	23.289	23.507	26.002
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	16	17	19
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.348	382	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.624	15.613	17.111
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.042	9.536	21.180
Steuern vom Ertrag	1.028	2.722	7.956
Sonstige Steuern	1.964	2.806	3.212
Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.050	4.008	10.012

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011	2010
Eigenkapitalquote:	%	34,9	34,6	33,5
Investitionsquote:	%	75,7	70,0	75,9
Umsatzrentabilität:	%	0,4	1,5	3,7
Eigenkapitalrentabilität:	%	0,4	1,5	3,9
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	35.188	43.922	40.772
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	27.631	24.404	25.249
Flugzeugbewegungen	Anzahl	120.388	125.337	130.926
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	9.079.001	9.281.703	9.625.483
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	739.544	751.183	742.347

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2013	2012	2011
1.800	1.804	1.785

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2013 rd. 91.443 T€ an Löhne und Gehälter sowie 23.348 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Zwölf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium bis zum Jahr 2030 verlängerte Betriebsgenehmigung für Nachtflüge weiterhin seine Gültigkeit behalten wird.

Die durch die Landesregierung beabsichtigte Einführung des Nachtflugverbotes zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr für Passagierflüge lehnte der Bundesverkehrsminister ab. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Flughafengesellschaft als auch den Flughafenutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Da der Flughafen über ein komfortables System mit drei Start- und Landebahnen, darunter eine Interkontinentalbahn, sowie über ein großzügiges Terminal- und Frachthallenangebot verfügt, kann er jederzeit weitere Verkehrszuwächse aufnehmen. Ergänzt wird die hervorragende Infrastruktur durch das integrierte Autobahn- und Schienennetz. Dies begünstigt sowohl die Entwicklung des Frachtverkehrs als auch die des Passagierverkehrs, was insbesondere dem Dienstleistungs- und Produktionsgewerbe zu Gute kommt.

Die Flughafengesellschaft geht für das Geschäftsjahr 2014 von einem Jahresüberschuss in Höhe von 1,0 Mio. € aus. In der Folgezeit wird mit weiterem Verkehrswachstum und mit einer stabilen Ergebnisentwicklung gerechnet.

Um auch zukünftiges Verkehrswachstum abwickeln zu können, wird die Flughafengesellschaft in 2014 ca. 47 Mio. € investieren.

Eine relativ hohe Summe fließt in die Erneuerung wichtiger IT-Systeme (6,7 Mio. €) und in die Ersatzbeschaffungen älterer Fahrzeuge und Geräte (5,9 Mio. €).

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Hilfringhauser Straße 4
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 2924
Telefax: 02196 / 4735

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2013 insgesamt 774 Mitglieder mit 1.668 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 683.880,00 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Werner Geismann, Verbandsprüfer	(seit 05.01.2011)
Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter	(seit 01.01.2010)
Andreas Weger, Rechtsanwalt	(seit 02.03.2011)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Michael Garnich, Geschäftsführer	Vorsitzender
Rudolf Großmann, Freiformschmied	stellvertretender Vorsitzender
Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	
Rosemarie Wuppermann, Rentnerin	(bis 31.12.2013)
Sven von Domaros, Koch	(bis 19.06.2013)
Carmen Weber, Rentnerin	(ab 19.06.2013)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2013 insgesamt einen Gewinn von 26.471,07 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 13.647.861,17 €.

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 246 T€.

Bei einer Erhöhung der Betriebsleistung um 11 T€ erhöhten sich die Aufwendungen für die Betriebsleistung hauptsächlich bedingt durch geringere Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (Instandhaltungskosten) und Abschreibungen um insgesamt 257 T€. Das positive Beteiligungs- und Finanzergebnis von 9 T€ verringerte sich um 10 T€ und beinhaltete Zinserträge und Dividenden.

Im Berichtsjahr 2013 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 154 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 706 T€. Das langfristige Eigenkapital stieg auf 10.420 T€, die Eigenkapitalquote betrug 76,3 %. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich insbesondere durch planmäßige Tilgungen. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 4,52 €/qm (Vorjahr 4,44 €/qm). Diese Erhöhung resultierte aus Mietanpassungen gemäß § 558 BGB an die Vergleichsmiete.

Es standen zum Bilanzstichtag 2013 fünf Wohnungen aufgrund von Umbaumaßnahmen und 12 Wohnungen aufgrund des geplanten Abrisses der Objekte Breslauer Straße 2/4 leer.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	0	0	2
II. Sachanlagen	11.027	11.085	9.167
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	894	868	806
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46	27	65
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.678	1.517	2.086
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.648	13.500	12.129

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	699	644	504
II. Ergebnisrücklagen	9.746	9.615	9.221
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn	26	19	20
B. Rückstellungen	31	62	82
C. Verbindlichkeiten	3.146	3.160	2.302
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.648	13.500	12.129

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.508	2.467	2.494
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	27	62	- 56
sonstige betriebliche Erträge	62	57	60
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.552	1.354	1.592
Personalaufwand	250	239	222
Abschreibungen	396	402	366
sonstige betriebliche Aufwendungen	118	81	66
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	19	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	43	28	18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	246	501	266
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	9	13
Sonstige Steuern	82	80	69
Jahresüberschuss	157	412	184
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklage	131	393	164
Bilanzgewinn	26	19	20

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	76,3	75,9	80,0
Eigenkapitalrentabilität:	%	1,5	4,2	2,0
cash-flow:	T€	461	811,0	548,0
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,52	4,44	4,43
Instandhaltungskosten:	€/qm	21,84	16,21	26,44
Fluktuationsquote:	%	4,3	6,5	6,0
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	1,0	0,2	0,6

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2013	2012	2011
Vollzeit	3	3	3
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Auszubildende (bis 07.07.2011, ab da Vollzeit)	0	0	1
Summe	4	4	4

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 249.611,60 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 194.001,86 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 55.609,74 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 515 Wohnungen, von denen noch 26 der Sozialbindung unterliegen. Weiterhin gehören 3 Gewerbeeinheiten, 177 Garagen und 95 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 30.999 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung, da die Unterbringung dieses wachsenden Personenkreises in Heimen vielfach nicht mehr gewährleistet ist. Da solche Projekte auch finanziell gefördert werden, prüft der Vorstand des Bauvereins Wermelskirchen, ob im Rahmen dieses Trends in Verbindung mit karitativen Einrichtungen z.B. das Wielviertel entsprechend umgestaltet werden kann. Ebenso ist zu beobachten, dass älter werdende Menschen verstärkt Wohnungen in Innenstadtnähe suchen. Auch dieser Trend wird vom Vorstand bei den Überlegungen zukünftig denkbarer Aktivitäten berücksichtigt. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass der Wohnungsbestand, der bisher keine Leerstände aufzeigte, auch in Zukunft ausgelastet sein wird.

Darüber hinaus wird auch in den nächsten Jahren die bestens bewährte flexible Mieterbetreuung von der Gesellschaft beibehalten.

Aus den wirtschaftlichen Daten der Genossenschaft lässt sich ableiten, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird. Damit besteht auch künftig die Chance, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels, nur moderate Mietanpassungen vorzunehmen und so die zukünftigen Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die heutige Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Sie wird in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in deren Gebiet tätig. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2013 aus folgenden Personen zusammen:

Wilmund Opladen, Studiendirektor i.R., Bergisch Gladbach	Vorsitzender
---	--------------

Nina Lepsius, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Leverkusen	Stellvertretende Vorsitzende
--	------------------------------

Harald Breutling,
KWS-Mitarbeiter, Odenthal

Rainer Häusler, Stadtkämmerer der Stadt Leverkusen, Leverkusen	(bis 15.07.2013)
---	-------------------

Andrea Deppe Baudezernentin der Stadt Leverkusen	(seit 15.07.2013)
---	-------------------

Ulrich Hölkeskamp,
KWS-Mitarbeiter, Leverkusen

Thomas Merten,
Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Leverkusen

Ralf Nonnenbroich,
KWS-Mitarbeiter, Langenfeld

Albrecht Omankowsky,
Rechtsanwalt, Leverkusen

Gerhard Zorn,
Landesverwaltungsdirektor, Overath

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2013 war Herr Kreistagsabgeordneter Wolfgang Kübler.

5. Wirtschaftliche Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt von einer hohen Stabilität gekennzeichnet.

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 123 T€ auf 60.664 T€ und im Konzern um 170 T€ auf 58.153 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist im Jahr 2013 abschreibungsbedingt und aufgrund der Lieferverzögerung bei der Fahrzeuginvestition um 533 T€ bei der KWS AG sowie um 695 T€ im Konzern gesunken.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere aufgrund eines höheren Guthabenstandes bei Kreditinstituten gestiegen, bei der KWS AG um 659 T€ und im Konzern um 867 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bei der KWS AG und im Konzern um 314 T€ verringert. Ursächlich hierfür ist, dass die im Berichtsjahr durchgeführte Ausschüttung an die Anteilseigner in Höhe von 2,7 Mio. €, die aus dem Jahresergebnis des Jahres 2012 resultiert, den Jahresüberschuss des Jahres 2013 übersteigt.

Die Rückstellungen haben sich bei der KWS AG um 1.300 T€ und im Konzern um 1.347 T€ erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg sind mögliche Rückzahlungsverpflichtungen aus der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009.

Verringert haben sich dagegen die Verbindlichkeiten, bei der KWS AG um 863 T€ und im Konzern um 862 T€. Dies resultiert insbesondere aus der Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern im Zusammenhang mit der Abrechnung der Inhouse-Vereinbarung.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 67,9 %. Im Konzern liegt sie bei 66,0 %.

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 3,2 Mio. € bei der KWS AG bzw. auf 3,5 Mio. € im Konzern. Der vergleichsweise hohe Liquiditätsstand ist

teilweise stichtagsbedingt, da die Fahrzeuginvestition des Jahres 2013 im Wesentlichen erst nach dem 31.12.2013 abgeschlossen wurde und somit auch der Liquiditätsabfluss zum Bilanzstichtag noch nicht vollzogen war.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass für das Risiko aus der Umsetzung der Ergebnisse der VRS-Verkehrserhebung 2009, für das bislang Rückstellungen in Höhe von 7,5 Mio. € gebildet wurden, auch auf der Liquiditätsseite entsprechende Vorsorge zu betreiben ist, damit die KWS AG nach einem Beschluss des VRS-Beirates zur Umsetzung der Ergebnisse ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 6,3 % und im Konzern um 6,8 % gestiegen. Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Entwicklung des Linienverkehrs, der von höheren Fahrgeldeinnahmen und von höheren Ausgleichleistungen für Auszubildende und Schwerbehinderte sowie im Rahmen des Sozialtickets gekennzeichnet war.

Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge um 1,4 Mio. € bei der KWS AG und im Konzern resultiert im Wesentlichen aus geringeren Einlagen der Gesellschafter zur Verlustabdeckung im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung. In dem Vorjahreswert waren hier periodenfremde Erträge in Höhe von 1,2 Mio. € enthalten.

Die Entwicklung der Aufwendungen ist differenziert zu betrachten.

Der Materialaufwand ist vergleichsweise moderat um 1,8 % bei der KWS AG bzw. um 0,6 % im Konzern gestiegen. Höheren Aufwendungen insbesondere für den Bezug von Subunternehmerleistungen stehen in diesem Bereich gesunkene Dieselskosten gegenüber.

Die Entwicklung des Personalaufwandes mit einem Anstieg von 2,5 % bei der KWS AG bzw. 3,8 % im Konzern resultiert insbesondere aus der Umsetzung der tarifvertraglich vereinbarten Entgelterhöhungen. Bei der KWS AG spiegeln sich in dem unterdurchschnittlichen Anstieg aufwandsmindernde Restrukturierungseffekte insbesondere im Rahmen der Altersteilzeit wieder.

Die Entwicklung der Abschreibungen zeigte sich mit einem Anstieg von 3,1 % bei der KWS AG bzw. 3,2 % im Konzern im Vergleich zu den Vorjahren moderat. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, dass die Fahrzeuginvestition des Jahres 2013 lieferbedingt erst nach dem Bilanzstichtag aktiviert wurde und diverse andere Investitionen (Haltestellen, DFI) sich noch in der Umsetzung befinden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der KWS AG und im Konzern um rd. 0,5 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus geringeren periodenfremden Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abrechnung der Inhouse-Vereinbarung. Darüber hinaus ist in dieser Position die Zuführung zur Rückstellung für die VRS-Einnahmenaufteilung aufgrund der Verkehrserhebung 2009 enthalten. Für das Jahr 2013 wurden 1,6 Mio. € zur Rückstellung zugeführt.

Das Finanzergebnis des Konzerns wird wesentlich durch die Dividendenerträge aus den RWE-Beteiligungen geprägt. Bedingt durch Umstrukturierungsmaßnahmen bei der RW Holding AG konnten die aus dieser Beteiligung generierten Dividendenerträge erst nach dem Bilanzstichtag vereinnahmt werden. Insbesondere aufgrund dieses Effektes hat sich das Finanzergebnis des Konzerns um 58,5 % verringert. Bezogen auf das Finanzergebnis der KWS AG, das zusätzlich die

Gewinnabführung der HBB enthält, fiel der Rückgang mit 45,7 % geringer aus als im Konzern. Hinsichtlich der Dividendenerträge aus den RWE-Aktien ist zu berücksichtigen, dass diese Beträge im Rahmen der Ergebnisverwendung an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, so dass sie dem Konzern nicht dauerhaft zur Verfügung stehen.

Der Jahresüberschuss des Konzerns und der KWS AG, der im Wesentlichen durch die vergleichsweise hohen Erträge aus Finanzanlagen (1.343 T€, Vorjahr 2.665 T€) geprägt ist und ebenso die Zahlungen der Gesellschafter im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung beinhaltet, betrug 2.386 T€ (Vorjahr: 3.373 T€).

Der von den Gesellschaftern abzudeckende Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 98 T€ erhöht.

Bilanz, KWS AG

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	140	82	108
II. Sachanlagen	16.120	16.711	16.568
III. Finanzanlagen	36.507	36.508	36.508
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	517	586	448
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.178	5.768	5.926
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.173	855	117
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29	31	28
Bilanzsumme	60.664	60.541	59.703

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	22.835	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	12.703	13.017	14.344
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	12.030	10.730	9.643
E. Verbindlichkeiten	7.451	8.314	7.237
F. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	17
Bilanzsumme	60.664	60.541	59.703

Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	35.426	33.339	32.367
sonstige betriebliche Erträge	6.275	7.662	8.969
Materialaufwand	22.578	22.172	21.438
Personalaufwand	11.336	11.059	11.072
Abschreibungen	2.391	2.319	2.154
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.690	5.214	4.310
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Erträge aus Gewinnabführung	761	851	855
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.343	2.665	4.679
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	24	14
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	398	354	278
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.437	3.423	7.542
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 6	- 7	- 7
Sonstige Steuern	30	30	30
Jahresüberschuss	2.386	3.373	7.492
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	13.017	14.344	11.552
Ausschüttung an die Gesellschafter	2.700	4.700	4.700
Bilanzgewinn	12.703	13.017	14.344

Kennzahlen, KWS AG

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	67,9	68,5	71,7
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	87,0	88,2	91,6
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	1.861	2.989	3.518
Anlagenintensität:	%	87	88,0	89,0
cash-flow:	T€	- 1.931	- 1.948	- 1.598
EBIT:	T€	- 3.140	- 3.392	- 3.735
EBITDA:	T€	- 749	- 1.073	- 1.599
Umsatzrentabilität:	%	- 10,0	- 11,0	- 12,4
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 8,6	- 9,0	- 9,4
Betriebsstreckenlänge:	km	515	511	498
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,96	32,61	32,58
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	180	194	192

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	140	84	113
II. Sachanlagen	16.568	17.318	17.079
III. Finanzanlagen	33.508	33.509	33.509
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	517	586	449
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.940	5.467	5.948
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.450	987	124
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30	32	29
Bilanzsumme	58.153	57.983	57.251

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	20.084	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	12.706	13.020	14.347
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	12.210	10.864	9.862
D. Verbindlichkeiten	7.508	8.370	7.313
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	58.153	57.983	57.251

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	31.951	29.913	29.299
sonstige betriebliche Erträge	6.209	7.630	8.946
Materialaufwand	12.575	12.503	12.243
Personalaufwand	16.799	16.190	16.048
Abschreibungen	2.552	2.473	2.334
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.765	5.293	4.409
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.343	2.665	4.679
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26	25	14
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	397	347	268
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.441	3.427	7.546
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 5	- 7	- 7
Sonstige Steuern	33	34	34
Jahresüberschuss	2.386	3.373	7.492
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	13.020	14.347	11.555
Ausschüttung an die Gesellschafter	2.700	4.700	4.700
Bilanzgewinn	12.706	13.020	14.347

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	66,1	66,8	70,0
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	86,8	91,1	90,6
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	1.861	3.236	3.780
Anlagenintensität:	%	86,4	87,8	88,6
cash-flow:	T€	- 1.828	- 1.896	- 2.399
EBIT:	T€	- 3.141	- 4.079	- 3.763
EBITDA:	T€	- 589	- 1.606	- 1.429
Umsatzrentabilität:	%	- 11,1	- 12,5	- 13,7
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 9,2	- 9,7	- 10,1
Betriebsstreckenlänge:	km	515	511	498
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,96	36,61	32,58
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	180	194	192

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2013		2012		2011	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	198	345	197	343	189	329
Verwaltung, Vertrieb	68	71	73	76	78	82
Summe	266	416	270	419	267	411

Insgesamt wurden im Konzern 13.061 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.738 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Ausgleichsleistungen für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2013 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2013 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlafoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2013 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 203 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat bestand im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 aus folgenden Mitgliedern:

Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	Vorsitzender
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Dipl.-Soz.-Wissenschaftler	
Mathilde Drewing, Betriebswirtin	
Christine Engels, Rentnerin	
Karin Görne, Arzthelferin	
Dr. Werner Güntermann, Lerntherapeut	(bis 11.09.2013)
Horst Walter Schenk, Dipl.-Theologe	(seit 07.10.2013)
Ferdinand Schönenborn, Dezernent	
Monika Müller, Konrektorin	
Heinz Gerd Neu, Hauptgeschäftsführer	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor	
Eric Weik, Bürgermeister	
Gerd Weitmann, Geschäftsführer	
Eduard Wolf, Industriekaufmann	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Werner Allendorf
Klaus Eckl
Siegfried Lutz
Michael Strieker
Claudia Seydholdt

Stellvertreter

Thorsten Schmalt
Dietmar Virnich
Dirk Volkmann
Gerd Witte
Jürgen Franzen

5. Wirtschaftliche Daten

Die innere Medizin konnte in den letzten Jahren ihr erweitertes Leistungsspektrum im Wettbewerb sehr gut etablieren und hat das hohe Leistungsniveau im Geschäftsjahr 2013 weiterhin deutlich ausgebaut.

Auch in der Allgemein- und Viszeralchirurgie konnte ein Leistungszuwachs verzeichnet werden.

Insgesamt ist die Anzahl der stationären Patienten gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, deren durchschnittlicher Schweregrad aber stärker gestiegen. Dadurch konnte die Leistung insgesamt leicht gesteigert werden. Dies führte in der Summe zu einem positiven Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 in Höhe von 411 T€.

Die betrieblichen Erträge konnten gesteigert werden. Hierzu trug die bessere Vergütung der Leistungen einerseits durch den gestiegenen Basisfallwert und andererseits durch den Wegfall des Mehrleistungsabschlages bei. Die Mehrerträge reichten zur Finanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten aus. In der Summe ergab sich ein deutlich positives Betriebsergebnis in Höhe von 1,168 Mio. €. Die im Vergleich gute Eigenkapitalquote aus dem Vorjahr konnte um weitere 3,0 % gesteigert werden.

Ein Anstieg war bei den Personalaufwendungen zu verzeichnen. Hier spiegelten sich die Einstellungen zur Unterstützung des Wachstumskurses des Krankenhauses in der Vollkräfteanzahl wider. Hinzu kamen Tarifsteigerungen im TVÖD, die nur zum Teil abgefangen werden konnten.

Weiterhin wurde in die Infrastruktur des Hauses investiert, allerdings etwas vorsichtiger als in den Vorjahren. Dies mit dem Blick auf die besondere Entwicklung in der Orthopädie und Unfallchirurgie und die zukünftigen Vorhaben.

Dabei wurde die EDV-Netzwerkstruktur weiter konsequent ausgebaut und technisch auf einem modernen Stand gehalten. Zum anderen konnte auch im medizinischen Bereich mit der kompletten Vereinheitlichung und Erneuerung der Infusionstechnik sowie zwei neuen Ultraschallsystemen in moderne Medizintechnik investiert werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	283	242	213
II. Sachanlagen	14.261	14.774	14.660
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	717	464	567
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.655	3.161	2.179
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	779	656	1.306
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung	920	920	917
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4	1	1
Bilanzsumme	20.639	20.238	19.863

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	6.254	6.254	6.290
IV. Bilanzverlust	-757	- 1.167	- 1.978
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.193	7.518	7.883
C. Rückstellungen	1.735	1.836	1.829
D. Verbindlichkeiten	3.758	3.341	3.383
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
Bilanzsumme	20.639	20.238	19.863

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	24.996	23.963	22.211
Erlöse aus Wahlleistungen	3.104	2.877	2.567
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.113	1.120	1.141
Nutzungsentgelte der Ärzte	74	131	148
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	51	- 83	- 4
sonstige betriebliche Erträge	725	1.078	800
Personalaufwand	18.690	17.835	16.621
Materialaufwand	7.473	6.770	6.898
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	811	717	772
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0	3	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	802	821	810
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	845	742	780
Abschreibungen	1.286	1.239	1.169
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.900	3.157	2.557
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	5	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49	62	78
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	435	827	351
Steuern	25	52	- 26
Jahresüberschuss	410	775	377
Verlustvortrag	- 1.167	- 1.978	- 2.397
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	0	36	42
Bilanzverlust	- 757	- 1167	- 1.978

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Stationäre Patienten:	Fallzahl	9.258	9.351	8.843
Case Mix (ohne Dialyse):	Punkte	7.822	7.802	7.709
Case Mix Index (ohne Dialyse):	Punkte	0,845	0,834	0,872
Pflegetage (ohne Dialyse):	Tage	54.622	54.718	58.748
Verweildauer (vollstationär):	Tage	5,9	5,9	6,6
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	74,8	74,8	80,1

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2013	2012	2011
Angestellte	347	343	317
Gewerbliche Mitarbeiter	16	19	24
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	30	29	28
Summe	393	391	369

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 15.179.300,51 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 3.511.124,45 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Der Patientenzuspruch hält bei der Krankenhaus Wermelskirchen GmbH zur Zeit weiterhin an.

Mit der Neuaufstellung der Orthopädie und Unfallchirurgie und der dort etablierten Leistungsbereiche (Therapie von Wirbelsäulenleiden und der Alterstraumatologie) sollte die Leistungsentwicklung in diesem Bereich deutlich anziehen. In der Inneren Medizin ist von einer stabilen Leistungsmenge auszugehen. In der Allgemein- und Viszeralchirurgie wird zur Zeit die Adipositaschirurgie etabliert. Hier, wie auch in der Gynäkologie und Geburtshilfe, ist mit einem moderaten Leistungswachstum zu rechnen. In der Summe sollte ein Gesamtwachstum von etwas über 5 % möglich sein. Bei einer erwarteten Leistungssteigerung von ca. 5 % auf dann 8.300 Casemix-Punkte und einer kalkulierten Personalkostensteigerung in Höhe von ca. 7 % und sonst gleichen Rahmenbedingungen wie im Jahr 2013 erwartete die Geschäftsleitung ein positives Ergebnis, das leicht über dem Ergebnis des Jahres 2013 liegt.

Naturarena Bergisches Land GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.naturarena.de
E-Mail: info@naturarena.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Heutz, Ulrich
Musiala, Peter
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

Ordentliches Mitglied (Gast)

Kamp, Wilfried
Ehren, Ursula
Burghoff, Friedel

Stellvertreter (Gast)

Günzel, Klaus-Peter
Wolfert, Harald
Höhne, Bert

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2013 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 497,4 T€. Während die Betriebsleistung mit 151,2 T€ auf dem Niveau des Vorjahres lag, sanken die Betriebsaufwendungen inkl. Abschreibungen um insgesamt 19,1 T€ auf 648,6 T€. Die Eigenkapitalquote lag bei 57,2 %. Das Anlagevermögen der Naturarena war zu 190,5 % durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Das Geschäftsjahr 2013 begann für die Naturarena erneut mit einer Reihe von Messeauftritten in den Niederlanden, dem Rheinland und Ruhrgebiet, sowie auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin.

Mit Informationsständen in NRW und auf Veranstaltungen in der eigenen Region und bei 12 Eröffnungen von Wanderwegen, wurden während des Sommerhalbjahres potenzielle Tagesreisende und Kurzurlauber angesprochen.

Im Herbst präsentierte sich die Naturarena drei Tage lang auf Deutschlands wichtigster Wandermesse „TourNatur“ in Düsseldorf sowie auf mehreren weiteren

Veranstaltungen. Insgesamt war die Naturarena 2013 mit 42 Ausstellertagen extern präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9	10	17
II. Sachanlagen	7	13	20
III. Finanzanlagen		0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	43	1	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	68	30	35
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	33	103	124
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
Bilanzsumme	161	157	197

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	67	18	64
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	30	43	35
C. Verbindlichkeiten	39	71	73
Bilanzsumme	161	157	197

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	88	53	77
sonstige betriebliche Erträge	63	54	30
Materialaufwand	18	20	14
Personalaufwand	298	305	278
Abschreibungen	14	16	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	317	325	314
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 496	- 559	- 510
Sonstige Steuern	1	0	1
Jahresfehlbetrag	- 497	- 559	- 511
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	497	559	511
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	57,2	27,5	45,3
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 608,7	- 533,3	- 499,6
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 6,3	- 3,2	- 25,1
EBIT:	T€	- 497,4	- 560	- 511

6. Beschäftigte

Personal	2013	2012	2011
Angestellte	7	5	5

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet.

Im Geschäftsjahr 2013 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 7 Mitarbeiter.

Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 129.000 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 298.437,59 €. Davon entfielen 247.182,16 € auf Löhne und Gehälter sowie 51.255,43 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen

Mindestzuschuss in Höhe von 73.425,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2013 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 45.250,00 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2013 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Naturarena. Es wurden neben den etablierten Marketingtätigkeiten einige neue Projekte durchgeführt. (z.B. Weiterbildung).

Die Entwicklung der Wanderwege und die Positionierung als Top-Wanderregion nehmen einen bestimmenden Raum bei den Aktivitäten ein.

Bei seit Jahren fast gleichbleibendem Personaleinsatz sind die Grenzen der Aktivitätssteigerung erreicht.

Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena entwickelten sich stetig positiv weiter.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen.

Etliche Aufgaben und Kooperationswünsche werden an die Gesellschaft herangetragen, die mit dem verfügbaren Personal und Etat jedoch leider nicht alle umsetzbar sind.

Der generelle Ausblick für die nächsten 2 Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus der gesamten Region lenken. Weitere herausragende Tourismusprojekte wie „Panarbora“, das „neue“ Schloss Homburg und der „Bergische Panoramaradweg“ werden ihren Betrieb voraussichtlich so richtig 2015 aufnehmen und einen weiteren großen Schub bringen. Die hieraus zu erwartende steigende Nachfrage muss strukturell durch den Ausbau der Gesellschaft aufgefangen werden müssen.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
 Britanniahütte 10
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
 Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafters, außer dem der Lebenshilfe

Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2013 durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Dietmar Virnich, Dezernatsleiter Innere Verwaltung.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 79.042,30 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (112.859,84 €) ein Rückgang in Höhe von 33.817,54 €.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 55,3 T€ (3,5 %) auf insgesamt 1.653,5 T€.

Festzustellen sind insbesondere die Zunahmen der liquiden Mittel um 99,0 T€ auf 997,3 T€, sowie der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände um 39,3 T€ auf 434,9 T€.

Dagegen veränderte sich das Anlagevermögen zu Buchwerten um 75,4 T€ als Folge der planmäßigen Abschreibungen.

Die ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Anlagevermögen belaufen sich auf insg. 1.284,9 T€, In diesem Zusammenhang sind die Investitionen des Geschäftsjahres in Betriebs- und Geschäftsausstattung von insgesamt 6,0 T€ hervorzuheben.

Die in der Betriebsleistung von 2.275,9 T€ erfassten Umsatzerlöse enthielten u.a. Erlöse für die Erstattung von Maßnahmekosten (2.022,7 T€) und für erwirtschaftete Werkstatteleistungen (253,2 T€).

Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand ist die Zunahme um 3,1 T€ vornehmlich auf den Anstieg der Durchschnittsbelegung sowie dem damit einhergehenden erhöhten Leistungsumfang der Rehabilitationsträger zurückzuführen. Die Position betraf überwiegend Erstattungen für Sozialversicherungsbeiträge der behinderten Mitarbeiter. Die Aufwendungen dazu wurden in gleicher Höhe unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 144,07 €. Zusätzlich wurde den behinderten Mitarbeitern Arbeitsförderungsgeld nach dem Sozialhilfegesetzbuch in Höhe von 36.909,59 € gezahlt. Im Jahr 2013 waren durchschnittlich 149,02 behinderte Mitarbeiter beschäftigt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	186	261	315
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	33	35	34
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	435	396	283
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	997	898	821
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	4	4
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	4	1
Bilanzsumme	1.653	1.598	1.458

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	1.270	1.141	993
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6	56	91
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	15	20	27
C. Rückstellungen	52	49	49
D. Verbindlichkeiten	220	242	208
Bilanzsumme	1.653	1.598	1.458

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	2.276	2.329	2.182
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2	1	- 1
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	846	820	780
sonstige betriebliche Erträge	38	29	42
Materialaufwand	31	42	31
Personalaufwand	1.089	1.077	1.066
Abschreibungen	80	86	100
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.885	1.870	1.807
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	6
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	5	6	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	80	113	15
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss	79	112	14
Einstellungen/Entnahmen aus Rücklagen	- 130	- 147	- 5
Gewinnvortrag	56	91	82
Bilanzgewinn	5	56	91

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	83,5	81,8	82,4
cash-flow:	T€	154,1	191,9	103,9
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	144,07	150,30	159,86

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2013	2012	2011
Angestellte	25	25	24
Mitarbeiter	149	153	133
Summe	174	178	157

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.088.646,37 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 844.313,50 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 244.332,87 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlte die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist. Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist. Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €.

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung

mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2013 durch Herrn Kreistagsabgeordneten Uwe Pakendorf vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 497.344,26 € ab und lag damit um 55 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse lagen in Summe mit 2.134 T€ nur leicht höher als im Vorjahr 2012. Die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquirierten Werbeerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 102 T€ auf 1.349 T€. Im Gegensatz dazu verringerten sich die Vertriebspositionen des Mantelprogrammlieferers Radio NRW um 136 T€ auf 711 T€.

Ein Anstieg musste bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen verzeichnet werden. Diese erhöhten sich um 88 T€ auf 1.540 T€. Der Kostenanstieg entfiel hauptsächlich auf Werbeaufwendungen, Dienstleistungen der HSG Hörfunk Service GmbH und leicht gestiegenen Kosten der Veranstaltergemeinschaft.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2013 sehr solide. Das Eigenkapital von 511 T€ entsprach einer Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Bilanzsumme von 43,2 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8	0	0
II. Sachanlagen	28	40	60
III. Finanzanlagen	37	37	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.109	1.194	1.008
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	2
Bilanzsumme	1.183	1.272	1.107

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	0	2	2
B. Rückstellungen	66	75	69
C. Verbindlichkeiten	606	684	525
Bilanzsumme	1.183	1.272	1.107

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	2.134	2.104	1.933
sonstige betriebliche Erträge	46	40	46
Personalaufwand	4	5	1
Abschreibungen	24	26	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.540	1.452	1.518
Erträge aus Beteiligungen	0	0	22
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17	9	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	596	654	450
Steuern vom Ertrag	99	102	63
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	497	552	387

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2013 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 4.127,06 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 497.344,26 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 62.168,03 €.

8. Bewertung

Der Sender erzielte im März 2013 eine Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ von 27 % und bestätigte diese im Juli 2013 mit 29,6 %. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer.

Für das Geschäftsjahr 2014 geht die Geschäftsführung von einem Jahresüberschuss in Höhe von 377 T€ aus.

Die E.M.A.-Hörerreichweiten I/2014 weisen Radio Berg mit einer Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ von 28,5 % und einer Verweildauer von 201 Minuten bei einem Mittelwert aller NRW-Lokalsender von 174 Minuten.

Die Verweildauer ist mit 201 Minuten sehr gut. Damit ist die Basis für die Vertriebsprovisionen von Radio NRW gelegt.

Die Geschäftsführung geht für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 davon aus, dass sich keine besonderen Risiken ergeben werden.

Regionalverkehr Köln GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 19-21
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: info@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch. Außerdem hält die RVK einen Anteil von 25% an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL), Gummersbach. Diese führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen für die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Gummersbach	447.400	12,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2013 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Günter Rosenke, Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist	(Vorsitzender)
Karl-Hans Ganseuer, Kreiskämmerer Rhein-Sieg-Kreis, Windeck	(stellvertretender Vorsitzender) (bis 31.12.2013)
Michael Bauch, freigestellter Betriebsrat RVK, (BR-Vorsitzender), Bergheim	(stellvertretender Vorsitzender)
Franzjosef Baumeister, Fachbereichsleiter Beschaffungsmanagement, Köln	(bis 30.09.2013)
Andreas Frauenkron, Disponent, stellvertretender Niederlassungsleiter RVK , Hellenthal	
Heinz Küpper, Beigeordneter a. D., Erftstadt	
Heinz Jürgen Reining, Geschäftsführer SWBV, Wachtberg	
Christoph Stock, Prokurist OVAG, Olpe	
Svenja Udelhoven, Geschäftsführerin LVG, Bonn	
Hans-Jürgen König, Busfahrer, Betriebsrat RVK, Euskirchen	
Holger Müller, Landtagsabgeordneter NRW, Rösrath	
Kuno Weber, Vorstand KVB, Köln	(bis 31.05.2013)

Neu im Aufsichtsrat

Peter Densborn, Vorstand KVB, Wachtberg	(seit 01.06.2013)
Hans Jürgen Kellner, freigestellter Betriebsrat RVK (stellvertretender BR-Vorsitzender), Nümbrecht	(seit 01.10.2013)

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistung im RVK-Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig angestiegen und umfasst insgesamt 27,95 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 336 eigene Omnibusse, mit denen 54 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für 46 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 329 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Im Berichtsjahr 2013 sind auf Ebene der Muttergesellschaft Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im Umfang von rd. 9.941 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 9.944 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Busbeschaffung (8.000 T€), den Neubau in Meckenheim (1.281 T€) und Software (274 T€). Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2013 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 28,33 %.

Die Umsatzerlöse stiegen im RVK-Konzern um insgesamt ca. 1.231 T€ auf 66.551 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Steigerung um ca. 1.134 T€ auf 68.758 T€ vor.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.037	1.216	750
II. Sachanlagen	46.010	43.666	45.734
III. Finanzanlagen	290	295	292
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	349	357	371
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.948	9.859	7.524
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	10.998	6.050	3.382
C. Rechnungsabgrenzungsposten	118	114	107
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	45	0	0
Bilanzsumme	64.795	61.557	58.160

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	8.101	8.018	7.915
III. Gewinnrücklagen	710	710	710
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	3.253	3.282	2.935
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	9.424	11.310	13.653
C. Rückstellungen	9.203	7.935	6.603
D. Verbindlichkeiten	29.988	26.410	22.689
E. Rechnungsabgrenzungsposten	537	313	76
Bilanzsumme	64.795	61.557	58.160

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	68.758	67.625	67.273
sonstige betriebliche Erträge	19.460	18.869	17.574
Materialaufwand	47.911	45.932	44.800
Personalaufwand	23.539	23.620	23.909
Abschreibungen	7.735	7.658	7.310
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.805	8.207	7.303
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	27	46
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	27	16
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	660	652	615
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	607	482	975
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	34	31	35
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	573	451	940
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	573	451	940

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	24	25	26
Eigenkapitalrentabilität:	%	3,7	2,9	6,2
Investitionen:	T€	9.941	6.334	6.509
Personalaufwandsquote:	%	34,2	34,9	35,5
Materialaufwandsquote:	%	69,68	67,9	66,6
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	10.359	10.361	1.534
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.201	2.194	2.225
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	336	317	321

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.037	1.216	750
II. Sachanlagen	46.013	43.671	45.738
III. Finanzanlagen	63	68	65
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	350	357	371
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.965	9.897	7.540
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	11.104	6.293	3.492
C. Rechnungsabgrenzungsposten	117	115	109
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	45	0	0
Bilanzsumme	64.694	61.617	58.065

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	8.099	8.014	7.912
III. Gewinnrücklagen	711	711	711
IV. Bilanzgewinn, -verlust	3.269	3.299	2.952
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	9.423	11.310	13.653
C. Rückstellungen	9.571	8.259	6.925
D. Verbindlichkeiten	29.505	26.132	22.257
E. Rechnungsabgrenzungsposten	537	313	76
Bilanzsumme	64.694	61.617	58.065

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	66.550	65.320	65.007
sonstige betriebliche Erträge	19.399	18.853	17.542
Materialaufwand	35.460	34.529	34.281
Personalaufwand	33.544	32.505	31.982
Abschreibungen	7.735	7.659	7.311
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.962	8.377	7.434
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	28	47
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	661	652	615
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	607	482	976
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	34	31	36
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	573	451	940
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	573	451	940

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	28,3	31,0	34,1
Investitionen:	T€	9.944	6.334	6.509
Materialintensität:	%	41,3	41,0	41,2
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	10.222	9.917	1.398
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.201	2.194	2.225
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	336	317	321

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2013		2012		2011	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	201	207	194	199	190	196
Arbeiter	361	651	377	639	392	631
Summe	562	858	571	838	582	827

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2013 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern anzuregen und nach entsprechenden Entscheidungen sodann umzusetzen.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
 Paffrather Straße 48
 51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
 Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
 E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.
 Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n) des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Vorsitzender

Herrn Klaus W. Waldschmidt
Rechtsanwalt

stellvertretender Vorsitzender

Herrn Udo Buschmann
Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln

Frau Dipl.-Ing. Angelika Graner
Architektin

Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann
Lebensmitteltechnik

Herrn Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht
Rentner

Herrn Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Herr Dr. Klaus-Georg Wey
Leitender Regierungsschuldirektor

Herrn Volker Damm
Rentner

Herrn Bert Höhne
Immobilienkaufmann

Herrn Frank Rausch
Mess- und Regeltechniker

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Frau Mathilde Drewing
Frau Monika Koczwara
Herr Lasse Pütz
Herr Christopher Schiefer

Kreistagsabgeordnete
Leiterin der Wohnungsbauförderung
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.322.955,06 € ab. Aus dem Jahresüberschuss wurden gem. § 22 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages 132.295,51 € (10 %) den gesellschaftsvertraglichen Rücklagen zugeführt. Der Bilanzgewinn belief sich auf 1.190.659,55 €.

Im Jahre 2013 wurden 2.710 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahre 2013 wurden 12 Wohnungen umfangreich –teilweise vollständig- saniert; die Kosten betrugen insgesamt 185 T€.

Die kontinuierlich betriebene Untersuchung der Grundleitungen hat im Jahr 2013 zu Sanierungskosten von 190 T€ geführt, für Regenwassergrundleitungen wurde bisher einmalig ein Betrag von 10 T€ verausgabt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden für die Erneuerung von Dacheindeckungen – größtenteils in Gronau- Mittel von insgesamt 138 T€ ausgegeben; für Maßnahmen in den Außenanlagen entstanden Kosten primär in der Siedlung Borngasse mit insgesamt 255 T€; weitere 130 Wohnungseingangstüren wurden ausgetauscht (85 T€) und diverse Reparatur- und Sanierungsarbeiten an Fassaden vorgenommen (246 T€). Weiterhin wurde eine Reihe von Balkonen saniert (79 T€) und weitere Heizungsanlagen optimiert (31 T€) und erneuert (77 T€).

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betrugen im Berichtsjahr 3.067 T€.

Die Mieterträge betrugen 7.932 T€. Mehrerträge ergaben sich aus der Umlage nach Modernisierung in Höhe von 32 T€, der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach BGB 10 T€, sowie der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gemäß II. Berechnungsverordnung in Höhe von 21 T€. Die Auswirkungen aus dem Vorjahr betrugen 30 T€.

Die Erlösschmälerungen aufgrund Leerstand, Mietminderungen und Eigennutzung sanken um 10 T€ auf 143 T€, da die Wiedervermietung gekündigter Wohnungen etwas schneller erfolgen konnte. Zum Stichtag 31.12.2013 standen 25 Wohnungen leer (Vorjahr 21 Wohnungen).

Das positive Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung (+ 251 T€) resultierte im Wesentlichen aus den um 219 T€ höheren Sollmieten und Umlagen. Für die Instandsetzung wurde gegenüber dem Vorjahr weniger verausgabt, während die Betriebskosten zufällig fast um den gleichen Betrag gestiegen sind.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	2	1
II. Sachanlagen	62.726	59.999	59.694
III. Finanzanlagen			0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.427	3.258	3.146
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	138	174	216
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	850	5.141	4.231
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16	23	31
Bilanzsumme	67.160	68.597	67.319

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	3.368
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	15.513	14.537	13.270
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.191	1.113	1.413
B. Rückstellungen	163	87	82
C. Verbindlichkeiten	46.842	49.420	49.127
D. Rechnungsabgrenzungsposten	83	72	59
Bilanzsumme	67.160	68.597	67.319

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	11.089	10.870	10.581
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	158	112	31
andere aktivierte Eigenleistungen	38	38	61
sonstige betriebliche Erträge	153	307	212
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.742	5.751	5.260
Personalaufwand	1.108	1.029	981
Abschreibungen	1.534	1.678	1.492
sonstige betriebliche Aufwendungen	379	381	333
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	83	65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.085	1.039	1.028
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.619	1.532	1.856
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	13	11
Sonstige Steuern	284	282	275
Jahresüberschuss	1.323	1.237	1.570
Einstellungen in Rücklagen	132	124	157
Bilanzgewinn	1.191	1.113	1.413

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	29,5	27,3	26,4
Investitionen in Sachanlagen:	T€	4.274	1.983	3.772
cash-flow:	T€	2.860	2.927	3.066
Eigenkapitalrentabilität:	%	6,7	6,7	8,9
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.914	1.845	1.845
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m²/mtl.	5,81	5,73	5,58
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	9,2	8,7	7,4
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	1,4	1,1	2

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2013 wurden durchschnittlich 15 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2013	2012	2011
Kaufmännische Angestellte	7	7	6
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	2	2	2
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	2	2	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	4	4	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	18	18	17

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 887.241,18 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 221.103,37 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2013 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet, wobei der Bestand am Jahresende durch einen Ankauf erweitert werden konnte.

Während die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft in der Sanierung im energetischen Bereich sicherlich als Vorreiter zu bezeichnen ist, bleibt der altersgerechte Umbau aus den verschiedensten Gründen weiterhin eine zu bewältigende Aufgabenstellung für das Unternehmen.

Angebote für demenziell veränderte Menschen bietet das Unternehmen an zwei Standorten mit drei Wohngemeinschaften an. Angesichts der steigenden Zahlen in dieser Zielgruppe und der Diskussion um eine würdige Unterbringung ist langfristig mit einem weiteren Bedarf zu rechnen, derzeit wird er jedoch im Rheinisch-Bergischen Kreis zusammen mit anderen Anbietern gedeckt, so dass trotz einer günstiger Kostensituation die Vermietung nicht immer einfach ist. Diese Entwicklung muss weiter intensiv beobachtet werden, um die Weichen für die Zukunft rechtzeitig stellen zu können.

Inzwischen kann ein Anteil von 70 % des Bestandes der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden, während sich der Einsatz erneuerbarer Energien weiterhin als schwierig erweist. Für die übrigen 30 % wurde inzwischen durch die Gesellschaft entweder ein langfristiger Plan entwickelt bzw. muss noch entwickelt werden oder die Maßnahmen stellen sich nicht als wirtschaftlich und für die Mieter bezahlbar dar.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR.

Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren Stefan Dürselen, Dipl. Ing., Projektmanager bei der Kreissparkasse Köln, und Volker Suermann, stellvertretender Geschäftsführer der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH.

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wurde im Geschäftsjahr 2013 durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel wahrgenommen.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2013 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 88.216,36 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 698 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2013 wurden insgesamt 239 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 83 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2013 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2013 angemieteten, vermietbaren Flächen in der Größenordnung von ca. 2.700 m² waren rd. 2.400 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 19 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von rd. 8,5 über die letzten 11 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,5 % zugrunde (von 83 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen

Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 650 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 239 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 1.860 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse erhöhten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2013 um ca. 3,7 %. Wesentlicher Grund hierfür war die Neuansiedlung und Flächenerweiterung von Existenzgründern. Im Jahr 2013 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	4	0
II. Sachanlagen	2	4	5
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	90	94	112
III. Wertpapiere	0	0	250
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	489	464	198
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
Bilanzsumme	584	566	565

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	26
III. Gewinnrücklage	373	373	373
B. Rückstellungen	46	41	45
C. Verbindlichkeiten	23	12	8
D. Rechnungsabgrenzungsposten	16	14	13
Bilanzsumme	584	566	565

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	337	325	317
Sonstige betriebliche Erträge	120	133	142
Personalaufwand	133	127	121
Abschreibungen	5	4	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	407	399	430
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	3	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Jahresfehlbetrag	- 88	- 69	- 92
Entnahme aus der Kapitalrücklage	88	69	92
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	85,3	88,0	88,0
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 43	- 69	- 83
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 2	- 7	- 1

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2013 insgesamt 133.161,12 T€ an Personalaufwendungen. Davon 106.747,01 T€ an Löhne und Gehälter sowie 26.414,11 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013 (rd.88 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 44.108,18 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffekt auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Seit neunzehn Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Begleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum (8,5 % über 19 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Eine wesentliche Erkenntnis und Handlungsempfehlung aus der Innovationsstrategie des Landes NRW ist, dass die Beratungsangebote für Gründungen weitergeführt, ergänzt, modernisiert und stärker auf die Bedürfnisse innovativer und wachstumsstarker Gründungen fokussiert werden müssen. Das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum hat sich im Jahr 2013 intensiv mit der Optimierung des Beratungsangebotes beschäftigt und ist mit dem im HiPo-Projekt entwickelten Businessplan-Bewertungstool zur Identifikation von High Potential-Gründungen für zukünftige Anforderungen bestens aufgestellt.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2013 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2014 fortgeführt und durch TZ-interne Impulsvorträge zu jeweils aktuellen Themen ergänzt werden.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sollen die Tätigkeiten der Gesellschaft vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Tätigkeiten dürfen nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere dürfen sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gehören insbesondere:

- Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Rheinisch-Bergischer Kreis,
- Pflege, Sicherung und Entwicklung des Unternehmensbestandes im Kreisgebiet,
- Entwicklung und Förderung von Kompetenzfeldern im Kreisgebiet,
- Unterstützung bei der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Kreisgebiet,
- Fachkräftesicherung und –marketing für das Kreisgebiet.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages. Geschäftsführer im Jahr 2013 ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- | | |
|--|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis | 9 Vertreter (9) |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis | 2 Vertreter (2) |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2013 durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Merten, Thomas
Büscher, Wolfgang
Drefahl, Christian
Conrad, Werner
Mertens, Dirk
Neu, Heinz Gerd
Pütz, Lasse
Rickes, Roland
Winkels, Robert Gordon

Stellvertreter

Rhode, Ursula
Kieweg, Dietmar
Ziepke, Klaus-Dieter
Wolf, Alfred
Dr. Beckers-Schwarz, Wolfgang
Zorn, Gerhard
Riedel, Eva-Maria
Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2013 bei Betriebserträgen von 51.755,24 € und Betriebsaufwendungen von 621.765,04 € ein Betriebsergebnis von – 570.009,80 €. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 12.486,38 € ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 557.523,42 €.

Der Rückgang der Betriebserträge in 2013 um rd. 22 T€ gegenüber dem Vorjahr beruhte im Wesentlichen auf gesunkenen Einnahmen aus Anzeigen des Wirtschaftsmagazins „punkt.RBW“ sowie auf geringeren Erträgen aus Beteiligungen Dritter an Messekosten.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.181 T€ auf 3.223 T€ zum Bilanzstichtag erhöht hat, da die gewährten Gesellschafterbeiträge in 2013 in Höhe von 600 T€ über dem Jahresfehlbetrag von 557 T€ lagen.

Bei einer gesunkenen Bilanzsumme zum 31.12.2013 auf rund 4.239 T€ betrug die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag gut 78 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19	9	10
II. Sachanlagen	18	24	25
III. Finanzanlagen	866	987	1.105
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	174	527	458
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.162	2.930	2.946
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.239	4.477	4.544

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	3.223	3.181	3.175
B. Rückstellungen	83	83	76
C. Verbindlichkeiten	859	1.139	1.219
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.239	4.477	4.544

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	40	54	35
sonstige betriebliche Erträge	13	20	15
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	379	328	316
Abschreibungen	13	9	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	230	244	252
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	38	46	51
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	40	42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	31	38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 557	- 452	- 474
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 557	- 452	- 474
Entnahme aus der Kapitalrücklage	557	452	474
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	77,79	72,7	71,5
Betriebsergebnis:	T€	- 570	- 506,6	- 529,5
cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit:	T€	- 226,0	- 345,4	- 436

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2013 insgesamt 378.672,73 T€ an Personalaufwendungen. Davon 292.776,88 T€ an Löhne und Gehälter sowie 85.895,85 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2013 durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2013	2012	2011
Angestellte	7	6	6

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 600.000 € an die RBW zu leisten. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Beitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag

übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2013 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Das Sondervermögen wird zur gezielten Förderung des Unternehmensgegenstandes eingesetzt. Insbesondere dient es der Unterstützung bei der Entwicklung und Erschließung von Gewerbeflächen und deren Vermarktung sowie für besondere Einzelprojekte. Da das Sondervermögen langfristig zu erhalten ist, wird an die Mittelverwendung grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung gekoppelt. Die Einzelheiten der Verwendung sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt, welche die Gesellschafterversammlung beschließt.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

8. Bewertung

Im Geschäftsjahr 2013 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und –nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und –marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2013 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2013 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2013 wurde dieses Controlling fortgeschrieben und unter Einbeziehung des neuen Tätigkeitsfeldes Fachkräftesicherung und –marketing weiterentwickelt. Insgesamt zeigte sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsfeldern der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher war im Geschäftsjahr 2013 Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises. Stellvertretender Vorsitzender war Herr Günter Rosenke, Landrat des Kreises Euskirchen.

Im Rahmen der Geschäftsführung wird Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke durch die Studienleiterin Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2013 im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Heimann, Ulrich
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für ein Jahr der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Rhein-Erft-Kreises, des Rhein-Sieg Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Kreises Euskirchen und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2013 durch Herrn Dezernenten Dietmar Virnich vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2013 konnte im Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterqualifizierung ein leichter Rückgang bei der Kursanzahl, jedoch ein leichter Anstieg bei den Teilnehmer/-innenzahl verzeichnet werden. So wurden 2013 in 62 Kursen 1355 Teilnehmer/-innen geschult, d.h. die Anzahl der Kurse sank 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1 % und die der Teilnehmer/-innen stieg um 3,5 %. Dadurch stieg die durchschnittliche Auslastung der einzelnen Lehrgänge im Vorjahresvergleich von 20,5 auf 21,9 Teilnehmer/-innen.

Erfreulicherweise konnte im vergangenen Jahr die Zahl der Anwärter/-innen des mittleren nichttechnischen Dienstes erheblich gesteigert werden. Wurden 2012 in 10 Kursen lediglich 219 Anwärter/-innen vorbereitet, waren es 2013 in 12 Kursen 262. Somit lag ein Anstieg der Zahl der unterrichteten Anwärter/-innen um 19,6 % vor.

Im Bereich des prüfungserleichterten Aufstiegs fanden im Jahre 2013 vier Kurse mit 74 Beamten/Beamtinnen statt, was bei den Teilnehmern/-innen einen minimalen Zugewinn von 2,8 % ausmachte.

Die Zahl der Angestelltenkurse I stagnierte auch 2013 gegenüber 2012 bei acht Kursen, die der Teilnehmer/-innen sank von 152 auf 141 (7,2 %).

Zwei Angestelltenkurse I wurden für Beschäftigte des Bundes durchgeführt.

Die Zahl der Kurse für Verwaltungsfachwirte/-wirtinnen sank erneut im Vorjahresvergleich. Hier fanden neun Kurse mit 180 Teilnehmer/-innen (- 25 % / 17%) statt.

Die Zahl der Auszubildenden für den Ausbildungsberuf des/der Verwaltungsfachangestellten verbesserte sich im Vorjahresvergleich deutlich. Im Jahr 2013 besuchten 450 Auszubildende 21 Kurse, dies bedeutete eine Steigerung um 13,6 %. 101 Teilnehmer/-innen absolvierten Kurse zum Erwerb der Doppelqualifikation Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Verwaltungsfachangestellte/-r. Ein Kurs war eine Sonderschulungsmaßnahme der Stadt Köln, welche sich an junge, alleinerziehende Mütter wendet.

Darüberhinaus wurden auch wieder Lehrgänge für Mitarbeiter/-innen ohne verwaltungsspezifische Vorbildung durchgeführt.

Ein Sonderkurs für die Stadt Köln wandte sich an 24 Jugendliche mit Migrationshintergrund, welche knapp im Auswahlverfahren gescheitert waren. Sie wurden in diesem Sonderkurs auf eine Ausbildung im öffentlichen Dienst vorbereitet. Im Bereich der Fortbildungen musste erneut ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Von Oktober 2012 bis September 2013 besuchten 4.276 Fortzubildende (- 8,9 %) in 347 Veranstaltungen (- 7,7 %) das Studieninstitut. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl eines Seminars lag bei 12,5 Teilnehmer/-innen die Seminardauer betrug 1,69 Tage im Berichtszeitraum.

Das Rheinische Studieninstitut nahm im Jahre 2013 auch weiterhin die Aufgabe der Mitwirkung bei der Personalauswahl und –entwicklung der Anstellungskörperschaften wahr.

Zum Zeitpunkt des Berichtsdruckes lagen noch keine Jahresabschlusszahlen über das Geschäftsjahr 2013 vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
II. Sachanlagen	143	192
III. Finanzanlagen	0	59
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	241	587
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.870	2.112
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	2.254	2.950

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Anfangskapital	1.286	1.977
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	- 209	- 309
B. Rückstellungen	1.123	941
C. Verbindlichkeiten	54	341
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	2.254	2.950

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	2.662	2.774
sonstige betriebliche Erträge	44	128
Materialaufwand	1.640	1.843
Personalaufwand	333	326
Abschreibungen	65	129
sonstige betriebliche Aufwendungen	910	963
Finanzerträge	33	51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 209	- 308
Steuern	0	0
Jahresfehlbetrag	209	- 308

Kennzahlen

	Angaben in	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	47,8	56,55
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	281.871,65	- 531.596,14

6. Beschäftigte

Am Bilanzstichtag 31.12.2013 waren im Unternehmen 18 Personen (davon 10 Personen zugewiesen) beschäftigt.

Personal	2013	2012	2011
Summe	18	19	16

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2013 eine Umlage in Höhe von insgesamt 77.337,00 € gezahlt.

RWE AG, Essen**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RWE Aktiengesellschaft
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €.

Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmeivermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmeivermögen.

Für das Geschäftsjahr 2013 konnte der Rheinisch-Bergische Kreis eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 59.646,41 € in 2014 vereinnahmen.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen

Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.
Für das Geschäftsjahr 2013 konnte die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 494.307,21 € in 2014 vereinnahmen.

4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2013 waren die Herren:

Peter Terium	Vorstandsvorsitzender
Dr. Rolf Martin Schmitz	stellv. Vorstandsvorsitzender und Vorstand Operative Steuerung
Dr. Bernhard Günther	Finanzvorstand
Uwe Tigges	Arbeitsdirektor seit 01.01.2013
Dr. Leonhard Birnbaum	Vorstand Kommerzielle Steuerung bis 22.03.2013
Alwin Fitting	Arbeitsdirektor bis 31.03.2013

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2013:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Achleitner	bis 18.04.2013
Werner Bischoff	
Carl-Ludwig von Boehm-Bezing	bis 18.04.2013
Reiner Böhle	seit 01.01.2013
Dr. Werner Brand	seit 18.04.2013
Dieter Faust	

Roger Graef
Arno Hahn
Manfred Holz
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel seit 18.04.2013
Frithjof Kühn
Hans Peter Lafos
Christine Merkamp
Dagmar Mühlenfeld
Dagmar Schmeer
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Ekkehard D. Schulz
Dr. Wolfgang Schüssel
Ullrich Sierau
Manfred Weber
Dr. Dieter Zetsche

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsdrei Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Hauptversammlung 2013 durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Heinz Gerd Neu vertreten. Seine Stellvertreterin war Frau Kreistagsabgeordnete Christine Bender.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im zurückliegenden Geschäftsjahr 2013 einen Außenumsatz von insgesamt 54.070 Mio. € (inkl. Erdgas- und Stromsteuer), der somit um 2 % über dem Vorjahreswert lag. Trotz gesunkener Liefermengen erhöhten sich die Stromerlöse um den gleichen Prozentsatz auf 34.896 Mio. €. Dabei kamen Preisanpassungen zum Tragen. Im Gasgeschäft erzielte der Konzern Erlöse in Höhe von 14.616 Mio. €. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 war das ein Plus von 3 %, dass sich im Wesentlichen aus dem Absatzanstieg ergab. Die Entwicklung des Konzernumsatzes wurde außerdem durch Konsolidierungseffekte beeinflusst, insbesondere aus dem Verkauf von NET4GAS Anfang August 2013. Auch Wechselkursänderungen wirkten sich aus. Bereinigt um wesentliche Konsolidierungs- und Wechselkurseffekte stieg der Außenumsatz um 4 %.

Das EBITDA des RWE-Konzerns belief sich auf 8.762 Mio. € und das betriebliche Ergebnis auf 5.881 Mio. € und lag somit im Rahmen der Erwartungen. Im Vorjahresvergleich verringerte sich das EBITDA somit um 6 % und das betriebliche Ergebnis um 8 %. Ausschlaggebend dafür waren massive Ertragseinbußen in der

konventionellen Stromerzeugung, eine deutliche Ergebnisverschlechterung im Upstream-Geschäft der RWE Dea und der Verkauf von NET4GAS. Demgegenüber erzielte der Unternehmensbereich Trading/Gas Midstream ein außerordentlich hohes Ergebnis, da dem RWE-Konzern nach erfolgreicher Revision des Gasbezugsvertrages mit Gazprom hohe Kompensationen gewährt wurden.

Ohne Berücksichtigung wesentlicher Konsolidierungs- und Wechselkurseffekte ging das EBITDA um 3 % und das betriebliche Ergebnis um 5 % zurück.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 4.624 Mio. € getätigt. Damit blieb der Konzern mit 17 % unter dem Niveau von 2012 (5.544 Mio. €). Für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte wurden 4.494 Mio. € eingesetzt. Die Ausgaben für Finanzanlagen betrugen 130 Mio. €.

Das Kraftwerksneubauprogramm bildete weiterhin einen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit.

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2013 insgesamt eine Dividende von 615 Mio. € aus, dies entsprach 1,00 € je Aktie.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.198	16.017	16.946
Sachanlagen	33.305	36.006	34.847
Investment Property	96	111	136
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	4.254	3.625	4.113
Übrige Finanzanlagen	884	959	836
Finanzforderungen	506	1.461	1.928
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.071	1.519	2.041
Ertragsteueransprüche	171	60	71
Latente Steuern	3.258	3.604	2.621
	<u>56.743</u>	<u>63.362</u>	<u>63.539</u>
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	2.360	3.128	3.342
Finanzforderungen	988	1.737	2.171
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.959	8.033	7.468
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	6.161	6.501	8.934
Ertragsteueransprüche	212	165	198
Wertpapiere	2.791	2.604	4.995
Flüssige Mittel	3.905	2.672	2.009
	<u>24.376</u>	<u>24.840</u>	<u>29.117</u>
Bilanzsumme	81.119	88.202	92.656
Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	7.738	12.171	14.028
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	2.701	2.702	1.759
Anteile anderer Gesellschafter	1.698	1.616	1.347
	<u>12.137</u>	<u>16.489</u>	<u>17.134</u>
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	27.119	27.991	23.753
Finanzverbindlichkeiten	16.539	15.417	15.428
Übrige Verbindlichkeiten	2.233	2.714	3.438
Latente Steuern	1.212	1.323	1.696
	<u>47.103</u>	<u>47.445</u>	<u>44.315</u>
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	6.389	4.811	5.327
Finanzverbindlichkeiten	2.149	4.529	6.495
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.468	7.315	7.886
Ertragsteuerverbindlichkeiten	232	136	144
Übrige Verbindlichkeiten	6.641	7.453	11.331
	<u>21.879</u>	<u>24.244</u>	<u>31.183</u>
Bilanzsumme	81.119	88.202	92.656

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 Mio. €	2012 Mio. €	2011 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	54.070	53.227	51.686
Erdgas-/Stromsteuer	2.677	2.456	2.533
Umsatzerlöse	51.393	50.771	49.153
Sonstige betriebliche Erträge	2.191	1.867	2.151
Materialaufwand	36.108	34.496	33.928
Personalaufwand	5.277	5.318	5.170
Abschreibungen	7.619	5.071	3.404
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.452	3.908	4.673
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	384	261	400
Übriges Beteiligungsergebnis	- 106	216	128
Finanzerträge	829	770	695
Finanzaufwendungen	2.722	2.862	2.328
Ergebnis vor Steuern	- 1.487	2.230	3.024
Ertragsteuern	956	526	854
Ergebnis	- 2.443	1.704	2.170
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	210	302	305
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der .RWE AG	104	96	59
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG	- 2.757	1.306	1.806
Ergebnis je Aktie in €	- 4,49	2,13	3,35

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	15,0	18,7	18,4
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	5.755	4.395	5.510
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 17,1	10,2	12,6
Umsatzrentabilität:	%	- 0,8	6,9	8,3
Außenumsatz:	Mio. €	54.070	53.227	51.686
EBITDA:	Mio. €	8.762	9.314	8.460
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	4.624	5.544	7.072
Anlagenintensität:	%	57,4	59,1	56,0
Umlaufintensität:	%	30,0	28,2	31,4
Ausschüttung:	Mio. €	615	1.229	1.229
Dividende je Aktie:	€	1,00	2,00	2,00

6. Beschäftigte

Mitarbeiter ¹	2013	2012	2011
Summe	66.341	70.208	72.068

¹ Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Zum 31.12.2013 beschäftigte RWE 66.341 Mitarbeiter. Teilzeitstellen wurden nur mit ihrem Anteil an einer Vollzeitstelle berücksichtigt. Gegenüber dem 31.12.2012 verringerte sich somit der Personalbestand um 3.867 Mitarbeiter (6 %). Der Stellenabbau betraf zu 74 % die ausländischen Standorte.

Wie in den Vorjahren hat der RWE-Konzern weit über seinen eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Ende 2013 erlernten 2.715 junge Menschen bei RWE einen Beruf. In den Mitarbeiterzahlen werden die Auszubildenden nicht erfasst.

7. Bewertung

Die RWE AG ist eine der fünf führenden Strom- und Gasanbieter in Europa. Mit ihrem Know-how bei der Förderung von Öl, Gas und Braunkohle, der Stromerzeugung aus Gas, Kohle, Kernkraft und regenerativen Quellen, dem Energiehandel sowie der Verteilung und dem Vertrieb von Strom und Gas ist sie auf allen Stufen der Energiewertschöpfungskette tätig. Die rund 66.000 Mitarbeiter versorgen über 16 Millionen Stromkunden und mehr als sieben Millionen Gaskunden zuverlässig und zu fairen Preisen mit Energie.

Der europäische Energiesektor wandelt sich grundlegend. Politische Eingriffe erschweren das Geschäft. Außerdem führt der subventionierte Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland zu rückläufigen Margen und Einsatzzeiten konventioneller Kraftwerke. All dies hat massive Auswirkungen auf die Ertragslage des Konzerns. Um in diesem Umfeld zu bestehen, wurde das Programm „RWE 2015“ gestartet. Es sieht umfangreiche Maßnahmen zur Kostensenkung und Erlössteigerung vor. Auch organisatorisch stellt sich die RWE schlagkräftiger auf. Investitionskürzungen und Schuldenabbau sollen die finanzielle Flexibilität erhöhen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen will die Gesellschaft ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des europäischen Energiesystems leisten. Sie setzt dafür auf Investitionen in erneuerbare Energien und in die Modernisierung der Netze.

Die schwierigen Marktbedingungen für die konventionellen Kraftwerke werden auch 2014 tiefe Spuren im Konzernabschluss hinterlassen. Mit hohen positiven Sondereffekten wie im vergangenen Jahr aus der Gaspreisrevision mit Gazprom wird nicht gerechnet. Der Konzern erwartet in 2014 ein betriebliches Ergebnis zwischen 4,5 und 4,9 Mrd. €.

RW Holding AG**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RW Holding Aktiengesellschaft
c/o BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0
Telefax: 0211 / 1371-120

E-Mail: info@rwholding.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg AG mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzte sich im Berichtsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,
Direktor Portigon AG

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück
Oberkreisdirektor a.D.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2013 folgende Personen an:

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr	Vorsitzende
Frithjof Kühn, Siegburg	stellv. Vorsitzender
Dirk Elbers, Düsseldorf	(bis 30.11.2012)
Dr. Wolfgang Kirsch, Münster	
Michael Lieber, Altenkirchen	(seit 30.11.2012)
Hans Martz, Essen	
Reinhard Paß, Essen	
Bernd Tischler, Bottrop	(seit 30.11.2012)
Peter Scholten, Bad Kreuznach	
Wolfgang Schwade, Köln	(seit 30.11.2012)
Dr. Heinz-Jürgen Schwering, Köln	(bis 30.11.2012)
Klaus Heinrich Wehling, Oberhausen	(bis 30.11.2012)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung am 09.01.2014 wurde der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG hielt zum Bilanzstichtag eine Kapitalbeteiligung von 31,82 % an der RWEB GmbH & Co. KG. Die Kapitalbeteiligung von 31,82 % entsprach einem Gewinnanteil von 33,13 %.

Mit Wirkung ab dem 01.01.2013 erfolgte im Berichtsjahr eine Umstrukturierung der Beteiligungsstruktur der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG. Die RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG wurde nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrages vom 27.08.2013 auf die RWEB GmbH als übernehmender Rechtsträger verschmolzen (mit steuerlicher Rückwirkung zum 01.01.2013). Im Ergebnis hielt die RW-Holding AG zum 31.08.2013 eine Beteiligung an der RWEB GmbH & Co. KG, und nicht mehr an der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG.

Die RWEB GmbH & Co. KG war zum 31.08.2013 zu 100 % an der RWEB GmbH beteiligt. Sie hielt insgesamt 91.784.922 Stück Stammaktien und 150.520 Stück Vorzugsaktien der RWE AG. Daneben wurden der RWEB GmbH 1.514.890 Stück Stammaktien im Rahmen einer entgeltlichen Wertpapierleihe überlassen. Dies entspricht einer Beteiligung in Höhe von 15,215 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 16,213 %. Daneben hält die RW Holding AG 8.421 Stück Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt (über die RWEB GmbH & Co. KG) gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB GmbH konnte im April 2013 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 2,00 € je Aktie vereinnahmen. Die RWEB GmbH hat im August 2013 insgesamt 175.000.000 € ausgeschüttet, die Auszahlung der Dividende erfolgte im Dezember 2013. Das anteilige Ergebnis wurde den Gesellschaftern der RWEB GmbH & Co. KG zum 31.08.2013 auf dem Gesellschafterkonto gutgeschrieben. Ein verbleibender Spitzenbetrag wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2012/2013 Beteiligungserträge aus der RWEB GmbH & Co. KG in Höhe von insgesamt 57.773.337,70 €. Darüber hinaus konnte die Gesellschaft im April 2013 Dividenden aus den direkt gehaltenen Stammaktien der RWE AG in Höhe von 16.842,00 € abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag vereinnahmen.

Bilanz

Aktiva	31.08.2013 T€	31.08.2012 T€	31.08.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	0	1	0
II. Finanzanlagen	859.336	859.336	854.385
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58.422	16.635	28.056
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	39.850	38.920	76.010
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	957.608	914.892	958.451

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	57.998	58.577	102.133
B. Rückstellungen	2.186	1.479	1.481
C. Verbindlichkeiten	42.588	0	1
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	957.608	914.892	958.451

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012/2013 T€	2011/2012 T€	2010/2011 T€
Sonstige betriebliche Erträge	5	0	0
Personalaufwand	52	47	43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	335	108	85
Erträge aus Beteiligungen	57.790	57.911	100.836
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	131	296	502
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84	268	216
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57.455	57.784	100.994
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	810	544	828
Jahresüberschuss	56.645	57.240	100.166
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.353	1.337	1.967
Bilanzgewinn	57.998	58.577	102.133

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigte bis April 2013 einen Mitarbeiter.

Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding für das Geschäftsjahr 2012/2013 belief sich abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf 963.899,05 € netto (1.309.200,75 € brutto, 1,95 € pro Stückaktie), die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG in 2014 vereinnahmt wurde.

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Telefon: 0201 / 243439
0201 / 221377

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". So unterliegen heute die Aktien der RWE-AG der kommunalen Bindung. Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer

Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 89 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach.

Die Aufgabe des Prokuristen wird durch Herrn Werner Kühn, Leitender städtischer Verwaltungsdirektor a.D., wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012/2013 wie folgt zusammen:

Vorsitzende

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin (ab 01.07.2012)

1. stellvertretender Vorsitzender

Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis, Landrat

(ab 01.07.2012)

2. stellvertretender Vorsitzender

Reinhard Paß, Stadt Essen, Oberbürgermeister

Mitglieder

Sven-Georg Adenauer	Landrat, Kreis Gütersloh
Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Paul Breuer	Landrat, Kreis Siegen-Wittgenstein
Dr. Hermann Janning	Vorsitzender des Vorstands, Stadtwerke Duisburg AG (bis 30.10.2012)
Dr. Bernhard Görgens	Sprecher der Geschäftsführung, Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (ab 18.04.2013)
Hans Martz	Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Essen
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen
Peter Ottmann	Landrat, Kreis Viersen
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2012/2013 (01.07.2012 – 30.06.2013) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 250.587,01 € und einem Bilanzverlust von 1.091.493,57 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung der Gesellschafter von 187.932,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 93,8 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Zum 30.06.2012 belief sich die Ausgleichsrücklage unverändert zum Bilanzstichtag des Vorjahres auf 400 T€.

Bilanz

Aktiva	30.06.2013 T€	30.06.2012 T€	30.06.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	1	5	6
II. Finanzanlagen	274	273	273
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10	11	24
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	173	230	310
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	458	519	613

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	- 3	- 2	- 1
II. Kapitalrücklage	993	805	679
III. Gewinnrücklagen	402	402	401
IV. Bilanzverlust	- 1.091	- 840	- 610
B. Rückstellungen	22	21	10
C. Verbindlichkeiten	7	5	6
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	458	519	613

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012/2013 T€	2011/2012 T€	2010/2011 T€
sonstige betriebliche Erträge	0	4	2
Personalaufwand	177	172	173
Abschreibungen auf Sachanlagen	2	3	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	92	79	63
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	17	17	17
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 251	- 229	- 214
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 251	- 229	- 214

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für den Geschäftsstellenleiter und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 176.824,28 €. Davon entfielen 164.812,97 € auf die Gehälter und 12.011,31 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die 1,5-fache Höhe des jeweiligen Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012/2013 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 3.221,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2012/2013 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
Schürholz 38
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner

Büttgens, Walter

Drawing, Mathilde

Kübler, Wolfgang

Ohm, Roland

Schulte, Bernhard

Loepp, Helga

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael

Kreuzer, Manfred

Volkmann, Dirk

Schmalt, Thorsten

Weiß, Friedhelm

Franzen, Jürgen

Schiefer, Christopher

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Dezernent Thomas Merten vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Stellvertreter Herr Bürgermeister Ernst Müller aus Leichlingen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung liegt bei Frau Anita Domogala.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 285.224,69 € (Vorjahr – 524 T€) aus. Das positive Ergebnis des Jahres 2013 resultierte hauptsächlich aus der Erhöhung der Wassergebühr sowie einem geringeren Personalaufwand aufgrund der Langzeiterkrankungen einiger Mitarbeiter.

Die Trinkwasserabgabe im Verbandsgebiet des Wasserversorgungsverbandes Rhein-Wupper verringerte sich im Jahr 2013 um rd. 178 Tm³ gegenüber dem Vorjahr (-2,55 %). Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2013 betrug 18.656 m³ (Vorjahr 19.033 m³).

Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchungen wurden im Berichtszeitraum 2.484 Proben bearbeitet. Wie in den Jahren zuvor lag keine Beanstandung durch die Bezirksregierung oder den Amtsarzt vor. Zusätzlich zu dem in der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Untersuchungsumfang wurde von Seiten des Amtsarztes eine zusätzliche umfassende Untersuchung verlangt. Die Probenahme und Untersuchung erfolgte durch das nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditierte Laboratorium der Rhein-Energie (Köln). Alle Parameter dieser Probe erfüllten bzw. unterschritten die von der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Grenzwerte.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 549 T€ getätigt. Die Investitionen konnten größtenteils aus den verdienten Abschreibungen finanziert werden. Zusätzlich erfolgte Ende August 2013 die Abrufung der 2. Tranche des im Vorjahr, für die Erneuerung der SPS-Steuerung aufgenommenen Darlehens, in Höhe von 252 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	374	370	351
II. Sachanlagen	16.427	16.373	16.592
III. Finanzanlagen	3	5	5
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	94	89	93
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	593	581	554
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	464	183	133
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	1
Bilanzsumme	17.959	17.601	17.729

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	1.549	2.073	2.087
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	285	- 524	- 13
B. Aushändigungsverpflichtung	3.089	3.158	3.227
C. Sonderposten für Zuschüsse	163	164	167
D. Rückstellungen	589	583	142
E. Verbindlichkeiten	1.084	947	919
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	17.959	17.601	17.729

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Umsatzerlöse	5.638	5.310	5.256
sonstige betriebliche Erträge	106	118	169
Materialaufwand	3.149	3.076	3.127
Personalaufwand	1.643	1.711	1.665
Abschreibungen	419	420	404
sonstige betriebliche Aufwendungen	197	189	188
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30	31	37
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	307	3	6
Außerordentliche Aufwendungen	0	506	0
Sonstige Steuern	22	21	19
Jahresfehlbetrag	285	- 524	- 13

Kennzahlen

	Angaben in	2013	2012	2011
Eigenkapitalquote:	%	73	72	75
Wasserabgabe:	Mio./m³	6.809	6.988	6.878
Wassergebühr: *	€/m³	0,785/0,790	0,714	0,714
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	704	343	265

* ab 01.04.2013 inkl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/ m³:

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2013 insgesamt 29 Mitarbeiter.

Personal	2013	2012	2011
Mitarbeiter	29	31	31
davon			
Teilzeitbeschäftigte	4	3	3
geringfügig Beschäftigte	3	3	3
Auszubildende	1	1	1

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1.279 T€ an Löhne und Gehälter sowie 364 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2014 geht der Verband von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Wassergebühr wird unverändert 0,74 €/ m³ zuzüglich Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/m³ betragen.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: vorstand@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2013 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drefahl, Christian
Drewing, Mathilde
Dünner, Johannes
Knapp, Gisela
Rausch, Frank
Rhode, Ursula
Rickes, Roland
Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia
Tebroke, Dr. Hermann-Josef
Wey, Dr. Klaus-Georg

stellvertretendes Mitglied

Franzen, Jürgen
Ludemann, Dr. Peter
Wolf, Alfred
Gewehr, Erika
Heimann, Ulrich
Heutz, Ulrich
Opladen, Wilmund
Weiß, Friedhelm
Witte, Gerd
Pütz, Lasse
Dr. Werdel, Erik
Klemt, Udo

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist seit Dezember 2014 Herr Landrat Michael Kreuzberg.

5. Wirtschaftliche Daten

2013 betrugen die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes 1.301 T€, die Aufwendungen erhöhten sich auf 61 T€. Die Finanzerträge gingen leicht auf 51 T€ zurück.

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen verringerten sich auf 633 T€. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 658 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 31.963 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2013 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.221 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 15.391 T€ und das Eigenkapital betrug 16.565 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.221	6.266	6.363
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	2
II. Liquide Mittel	742	563	303
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.963	31.830	31.669

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	15.908	15.244	14.867
II. Jahresüberschuss	658	664	377
B. Rückstellungen	7	7	6
C. Verbindlichkeiten	15.391	15.915	16.419
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	31.963	31.830	31.669

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2013 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis im Jahr 2014 eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 1.884.000,00 € brutto bzw. 1.585.857,00 € netto ausgeschüttet. Hiervon wurden 148.836,00 € (netto 125.282,70 €) an die Stadt Burscheid, 286.180,00 € (netto 240.892,01 €) an die Stadt Leichlingen sowie 105.301,24 € netto an die Gemeinde Kürten weitergeleitet.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des

Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2013 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
Musiala, Peter
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Hagen Jobi.

5. Wirtschaftliche Daten

Zum Zeitpunkt des Berichtsdruckes lag noch kein endgültiger Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	6.541	6.914
II. Finanzanlagen	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	400	8.700
III. Liquide Mittel	102.926	155.718
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	112.367	173.832

Passiva		
A. Eigenkapital		
I. Allgemeine Rücklage	79.613	49.280
II. Ausgleichsrücklage	9.989	9.989
III. Bilanzergebnis Verlust	- 3.649	0
IV. Bilanzergebnis Gewinn	0	30.333
B. Sonderposten		
I. Zuwendungen	4.165	3.898
C. Rückstellungen	1.000	0
D. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.408	61.532
II. Sonstige Verbindlichkeiten	7.840	18.800
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	112.367	173.832

Ergebnisrechnung

	2012	2011
Ordentliche Erträge		
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	158.645	217.829
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.577	28
Sonstige ordentliche Erträge	6.659	12.870
Summe Ordentliche Erträge	170.881	230.727
Ordentliche Aufwendungen		
Personalaufwendungen	- 34.975	- 3.756
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 108.400	- 152.624
Bilanzielle Abschreibungen	- 970	- 2.528
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 30.669	- 41.983
Summe Ordentliche Aufwendungen	- 175.013	- 200.891
Finanzergebnis		
Finanzerträge	484	497
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Summe Finanzergebnis	484	497
Ordentliches Jahresergebnis	- 3649	30.333

6. Beschäftigte

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet. In 2012 wurden zwei Teilzeitkräfte befristet für drei Jahre eingestellt, um das Projekt „Vielfalt schmeckt“ zu unterstützen.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Glockengasse 37 – 39
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de
E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr –SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2013 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 70 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2013 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Opladen, Wilmund
Merten, Thomas
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Die Position des Verbandsvorstehers wurde nach dem Ausscheiden von Herrn Landrat Rolf Menzel im Jahr 2011 bis Ablauf des Berichtsjahres 2013 nicht neu besetzt.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	0	995	0
II. Liquide Mittel	208	2.684	344
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	724	4.195	860

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	642
II. Ausgleichsrücklage	92	116	142
II. Jahresüberschuss	-22	- 25	- 26
B. Rückstellungen	12	6	12
C. Verbindlichkeiten	0	3.456	90
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
Bilanzsumme	724	4.195	860

Ergebnisrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	9.698	0	0
Sonstige Transfererträge	300	300	300
Sonstige ordentliche Erträge		0	0
Ordentliche Erträge	9.998	300	300
Transferaufwendungen	9.998	300	300
sonstige ordentlichen Aufwendungen	22	25	27
Ordentliche Aufwendungen	10.020	325	327
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-22	- 25	- 27
Finanzerträge	0	0	1,4
Finanzergebnis		0	1,4
Ordentliches Ergebnis		- 25	- 25
Jahresergebnis	-22	- 25	- 25

Finanzrechnung

	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	10.693	3.455	0
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	300
Sonstige Einzahlungen		0	0
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		0,3	1,0
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.993	3.755,3	301,0
Transferauszahlungen	13.454	1.384	210
sonstige Auszahlungen	16	30,6	21
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.470	1.414,6	231
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.477	2.340,7	70,0
Finanzüberschuss	-2.477	2.340,7	70,0
Anfangsbestand Finanzmittel	2.684,7	344	274
Liquide Mittel	207,7	2.684,7	344

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2009 bis 2013 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2013 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS ab dem Haushaltsjahr 2014 aus den dem NVR zugeschienenen und von dort teilweise weitergeleiteten Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren. Auf eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wird dann verzichtet. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung**1. Allgemeine Stiftungsdaten**

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
(Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.)

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, der Beschluss über den Haushaltsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und

Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2013 Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Aufstellung des Entwurfs des Haushalts und des Jahresabschlusses und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Heidi, Elvert
Siegfried, Lutz
Franzen, Jürgen
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Roland, Rickes
Stefan, Wilming
Claudia, Seydholdt
Wolfgang, Kübler
Michael, Strieker

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2013 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.437,43 €. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 3 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 33.000,00 € ausgezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	719	765	823
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25	28	28
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	421	364	304
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0		0
Bilanzsumme	1.165	1.157	1.155

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.157	1.155	1.170
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	4	2	- 15
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	4	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.165	1.157	1.155

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2013</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	386,00 €
Aggerverband	36.990,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V. 50 %	765,00 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (8.320 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	100,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.012,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.169,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	300,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	72,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.048,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.200,00 €
Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €

Landkreistag NW	77.350,00 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	67.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper 50 %	500,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.772,00 €
Gesamt	224.355,72 €